

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 263.

Freitag, den 8. November 1912.

19. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

## Die Reform des Kapitalismus.

Von dem Augenblick an, daß die fortgeschrittensten Arbeiter erkannten, daß die Ursache der Not und des unerträglichen Elends ihrer Klasse in dem tiefsten Wesen des Kapitalismus, in dem Privateigentum von den Produktionsmitteln begründet ist, stellten sie die grundsätzliche Umwälzung der Produktionsweise, die Aufhebung dieses Privateigentums als ihre Forderung auf. Was mußte die bürgerliche Welt, was mußten die Ruhmstücker und Verteidiger der bestehenden Wirtschaftsweise dem gegenüber stellen? Sie konnten die Unzuträglichkeiten und die Qualen, die sie den Massen bereitet, nicht wegleugnen. Aber, sagten die Herrschenden, deshalb braucht man das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten; deshalb ist es nicht nötig, die Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung, die die unentbehrlichen Grundlagen aller Ordnung und Wohlfahrt sind, zu beseitigen. Die Unzuträglichkeiten und Mißstände selbst müssen im Rahmen unserer Ordnung beseitigt werden.

Diese Lösung stellten also die Wortführer des Kapitalismus der proletarischen Forderung entgegen: kein Umsturz, sondern Verbesserung! Keine Revolution, sondern Reform!

Will man die Unzuträglichkeiten des Kapitalismus durch Reformen aufheben, so muß dabei bedacht werden, daß sie zweierlei Art sind, aus zwei Seiten des Kapitalismus stammen und zwei verschiedene Klassen treffen.

Die kleinbürgerlichen Klassen leiden unter der überlegenen Konkurrenz des Kapitals, die ihre sichere Existenz vernichtet, die sie in Sorge, Rückgang und Bankrott stürzt, sie vom Kapital abhängig macht und sie schließlich in die Reihen der Besitzlosen hinabschleudert. Die Proletarier dagegen leiden unter der Ausbeutung durch das Kapital, die ihnen schwere Arbeit für einen dürftigen Lebensunterhalt auferlegt. Was Kleinbürgertum und Proletariat an dem Kapitalismus auszusetzen haben, ist also durchaus verschieden, und fordert eine völlig verschiedene Abhilfe.

Die Mittelstandsfrage bildet von jeher einen Hauptpunkt in den Wahlprogrammen und Wahlsorgen der bürgerlichen Parteien. Denn die Hauptmasse ihrer Wähler bestand aus kleinbürgerlichen Gruppen, die, durch die Konkurrenz des Kapitals schwer bedrückt, allen Anlaß hatten, zu der entschiedensten Feindschaft des Kapitalismus, der Sozialdemokratie, überzuliegen. Ihnen mußte geholfen werden, das heißt, ihnen zuteile mußte der Kapitalismus reformiert werden. Aber wie? Die Ursache ihres Niederganges lag nicht in irgend einem nebenwärtigen Mißbrauch des Kapitals, sondern in der Entwicklung des Kapitalismus. Ihren Niedergang und Untergang verhindern, bedeutete die kapitalistische Entwicklung aufhalten. Und das weiß heute nicht nur jeder Liberale, sondern auch jeder Antisemit, daß das nicht möglich ist. Nicht nur würde die Aufhebung dieses Grundgesetzes des Kapitalismus nicht eine Reform, sondern ein Umsturz dieser Ordnung, ein Umsturz nach hinten sein — sie ist auch überhaupt unmöglich. Die Überlegenheit des Großkapitals und des technischen Fortschritts, den es in seinen Dienst stellt, und durch keine gesellschaftlichen Maßnahmen zu vernichten, und jeder Versuch dazu müßte zu den unerträglichen Zuständen für die ganze Bevölkerung führen. Die bürgerlichen Politiker sind sicher von dem ehrlichen Wunsch erfüllt, dem Mittelstand durch Reformen zu helfen. Sie wollen helfen, aber sie können nicht. Gegen die reale Entwicklung sind sie machtlos.

Die Gesetzgebung versucht dem Interesse des Kleinbürgertums entgegenzukommen; sie hat den kleinen Meistern durch die Innungsorganisation die Gelegenheit geboten, sich auf Kosten der Konsumenten einzumengen zu halten, und liefert ihnen die Arbeiterjugend als rechtloses Ausbeutungsmaterial aus. Aber das sind alles keine Mittelchen, die den Siegeszug der großindustriellen Entwicklung nicht aufhalten können. Wer denkt auch an so etwas Großes, wenn man z. B. die paar einfältigen Dinge liest, die auf dem Mannheimer Parteitag der Fortschrittler als Resolution zur Mittelstandsfrage angenommen wurden? Gewerblicher Unterricht, Handwerker im Schulvorstand, Zerlegung der öffentlichen Subventionen in kleinere Lose, Maßnahmen gegen die Konkurrenz der Gefängnisarbeit, den unfauleren Wettbewerb und die Borgwirtschaft — mit einer Reform des Kapitalismus hat das alles nichts zu tun, sondern im besten Fall, soweit es nicht einfach weiße Salbe ist, mit staatlicher Philanthropie, die den Niedergang etwas weniger schmerzvoll gestalten will.

Je mehr aber durch die gesellschaftliche Entwicklung der Mittelstand an Bedeutung zurückgeht und die Arbeiter zur wichtigsten Klasse werden, wird die Frage

der Reform des Kapitalismus hauptsächlich zur Arbeiterfrage. Und hier liegen die Verhältnisse gerade umgekehrt wie beim Kleinbürgertum. Die Arbeiterklasse leidet nicht durch die Entwicklung des Kapitalismus, sondern die Entwicklung bringt ihr eine steigende Macht, gegen den Druck der Ausbeutung zu kämpfen. Die Arbeiter fordern kein Aufhalten der Entwicklung, sondern Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und Einengung der Ausbeutung; sie fordern Reformen, die gerade auf dem Wege der Entwicklung liegen und den Weg zur völligen Beseitigung der Ausbeutung anbahnen. Reformen im Interesse der Arbeiter sind also sehr gut möglich; hier könnten die bürgerlichen Politiker, die über Reform des Kapitalismus reden, ihren guten Willen zeigen, das Elend und die Not zu lindern. Aber da hapert es wieder; sie können helfen, aber sie wollen nicht. Das Interesse der Besitzenden wiegt bei ihnen schwerer als die Not des Proletariats.

Scheinbar wollen hier die bürgerlichen Parteien und die Arbeiter dasselbe; beide wollen die Unzuträglichkeiten des Kapitalismus beseitigen. In Wirklichkeit ist ihr Ziel verschieden. Arbeiter und Bourgeoisie meinen mit diesen Reformen etwas durchaus anderes. Wenn man eine Reform will, so will man irgend ein unangenehmes Hindernis beseitigen. Was die Arbeiter hindert, ist die eigne Not, die Armut, die Abdrückung, die Ausbeutung. Aber die Bourgeoisie leidet nicht unter der Not und Ausbeutung der Arbeiter; was sie quält und hindert, ist, daß die Arbeiter durch ihr Elend rebellisch werden, daß sie sich auflehnen, sich der Sozialdemokratie anschließen und damit zu einer Macht in der Gesellschaft werden, die den Bestand des Kapitalismus bedroht. Das Ziel der Bourgeoisie ist, den Kapitalismus zu beseitigen, und alle Reformen, die sie im Interesse der Arbeiter beschließt, dienen nur dazu, die Gefahr der sozialen Revolution abzuwenden. Das Ziel der Arbeiter ist, den Kapitalismus zu beseitigen, und alle Reformen, die sie fordern, dienen dazu, sie für diesen Kampf vorzubereiten und zu stärken. Die Bourgeoisie hat sich um die Not der Arbeiter solange nicht gekümmert, solange diese sich nicht auflehnten und machtlos waren. Sie hat einige Forderungen der Arbeiter zugestanden, als die Arbeiter sich erhoben und es nötig erschien, sie zu beschwichtigen. Seitdem aber die Arbeiter, anstatt von der Sozialdemokratie zu lassen, immer mächtiger ihre Organisationen aufbauten, besteht die Sozialreform der Bourgeoisie vor allem in der Antizipation der Rechte der Arbeiter, wie bei der letzten Reichsversicherungsordnung. Das dünkt der Bourgeoisie jetzt das beste Mittel, den Kapitalismus zu beseitigen.

Es besteht also ein scharfer Gegensatz zwischen dem, was die bürgerlichen Klassen, und dem, was die Arbeiter unter Reformen des Kapitalismus verstehen.

Für die Bourgeoisie stehen Reform und Revolution im schärfsten Widerspruch zu einander; natürlich, denn die Reform bedeutet für sie Verhinderung der Revolution, die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft.

Für die Arbeiterklasse gehören Reformen und Revolution zusammen, wie die Teile zum Ganzen, wie die Mittel zum Ziele gehören. Die wirtschaftliche und soziale Revolution, die Umwälzung vom Kapitalismus zum Sozialismus, wird durch eine Reihe gründlicher Reformen im Interesse der Arbeiter vorbereitet und herbeigeführt.

Die Durchführung aller dieser Reformen durch das siegreiche Proletariat, die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bringt der Menschheit das Ende von Not und Elend, planmäßige sozialistische Wirtschaftsweise. Daher ist jede Reform, die die Arbeiterklasse will, in ihrem Charakter revolutionär. Jede Reform, die die Bourgeoisie will, ist konservativ.

## Der Krieg.

Trotzdem die verbündeten Balkanstaaten immer neue Erfolge erzielen, wollen die Türken das Ringen doch nicht aufgeben. In einem Kriegsrat wurde beschlossen, den Krieg mit allen Mitteln fortzusetzen. Das ist nach Lage der Sache ein geradezu selbstmörderischer Beschluß. Unter den Umständen ist es ja auch zwecklos, daß die Großmächte Friedensverhandlungen einleiten.

Der Sultan sitzt natürlich weit ab vom Schuß. In Konstantinopel ist es ihm nicht mehr recht geheuer und deshalb soll er nach mehreren Nachrichten aus Konstantinopel den Staub der Hauptstadt bereits von seinen Pantoffeln geschüttelt haben. Wohin er sich gewandt hat, darüber verlautet

nichts. Jedenfalls hat er sein Domizil in der asiatischen Türkei aufgeschlagen.

Um Adrianopel wird noch immer sehr heftig gekämpft. Der Korrespondent der Reichspost meldet aus dem bulgarischen Hauptquartier: Vor Adrianopel versuchen die Türken, den bulgarischen Ring zu sprengen. Die Bulgaren unternehmen trotz der türkischen Scheinwerfer häufig nächtliche Sturmangriffe. Auch bei Karagatsch auf dem rechten Ufer der Mariza wird fast täglich gekämpft. Das Bombardement wird mit großem Erfolge fortgesetzt. Das Mißlingen des letzten von zwei türkischen Divisionen mit starker Artillerie und zahlreichen Mitrailleurern unternommenen Ausfalls — des vierten seit der Zernierung Adrianopels — scheint die Widerstandskraft der Besatzung gebrochen zu haben. Man rechnet mit dem unmittelbaren bevorstehenden Fall der Festung.

Die Bulgaren haben am 5. November die Stadt Drama an der Eisenbahnlinie Saloniki-Adrianopel besetzt. Die Dörfer der Umgegend landeten an den Tupepkommandanten Abordnungen, in denen Bulgaren, Griechen und Türken vertreten waren; sie erklärten, daß sie die Waffen niederlegen und boten ihre Unterwerfung an. Die Türken zerstreuten sich nach verschiedenen Richtungen. Die meisten türkischen Soldaten ließen freiwillig ihre Waffen aus und suchten ihre heimatlichen Stätten auf.

Die bulgarischen Armeen in Thrazien rücken unaufhaltsam vor. Gestern sind Viza und Rodosto besetzt worden. An den Ufern des Marmarameeres wurde die bulgarische Fahne entfaltet.

Der bulgarische Anmarsch gegen die Tschataldja-Forts wird in folgendem geschildert: Der Kriegsbereitschaft der Reichspost bei der bulgarischen Hauptarmee meldet aus dem Hauptquartier der zweiten Armee unter dem 6. November: Der linke bulgarische Flügel besetzte nach heftigem Kampf die Höhen östlich von Strandzha und warf den rechten Flügel der Türken in das Waldgebiet westlich des Derkos-Sees. Die Bulgaren zogen über Strandzha und Zenikoj starke Kräfte nach, um hier einen Stoß gegen die Tschataldja-Stellung südlich des Derkos-Sees zu führen. Das Zentrum und der rechte Flügel der Bulgaren drängen der geschlagenen türkischen Nachhut entlang der Eisenbahn und über Tschanta energisch nach und wollen einen Angriff auf die türkischen Positionen in der Nähe von Tschataldja durchführen. In den bisherigen Kämpfen unterstützte die türkische Artillerie die Infanterie nicht genügend und hatte nur selten bis zum letzten Augenblick aus. Die geringe Wirkung und der frühzeitige Rückzug der türkischen Artillerie gab die zurückgehende Infanterie schußlos den Angriffen der nachdrängenden Bulgaren und dem Feuer der bulgarischen Batterien preis, so daß der Rückzug fast stets in regelrechte Flucht ausartete.

Der „Königlichen Zeitung“ ist eine Information aus Sofia zugegangen, die wissen will, daß der Widerstand der Türken nach zweitägigen erbitterten Kämpfen endgültig gebrochen und die geschlagene türkische Armee aus ihren Stellungen bei Tschataldja geworfen sei. Eine große Anzahl von Fahnen soll den Bulgaren in die Hände gefallen sein. — Eine Bestätigung dieser Meldung liegt nicht vor.

Ueber die Fünftage-Schlacht bei Süle Burgas und Bunar Sissar liegt jetzt ein offizieller bulgarischer Bericht vor. Die bulgarische Telegraphenagentur veröffentlicht folgenden Bericht über die Kämpfe auf der Linie Süle Burgas-Bunarsissar zwischen dem 29. Oktober und dem 2. November: Die türkische Armee war über 120 000 Mann Infanterie stark, zählte 65 Eskadrons und verfügte über 300 Geschütze. Während der fünftägigen erbitterten Kämpfe griff der türkische rechte Flügel unaufrichtig den linken Flügel der Bulgaren an. Den Bulgaren gelang es aber, durch tapfern Angriff dank ihrer mächtigen Artillerie, den Feind zum Rückzug zu zwingen. Er wurde unter mörderischem Feuer verfolgt. Am dritten Tage nahm das bulgarische Zentrum, von der Artillerie unterstützt, energisch die Offensive auf. Die Infanterie ging mit Bajonettangriff gegen die uneinnehmbar scheinenden Befestigungen vor. Es gelang ihr, diese zu besetzen, worauf sie sich an die Verfolgung des Feindes machte, der unter dem Feuer der bulgarischen Artillerie in Panik sich zerstreute. Am fünften Tage griff der linke Flügel der Bulgaren, durch frische Truppen verstärkt, zum entscheidenden Angriff vor und zerprengte den Feind auf der ganzen Linie, so daß dieser seine starken Stellungen aufgab und die Flucht ergriff. Die Bulgaren erbeuteten 42 Schnellfeuergeschütze, mehrere Fahnen, 150 Waggonen mit Be-



Sensmitteln und Munition, zwei Lokomotiven. Außerdem machten sie 2800 Gefangene. Die bulgarischen Verluste betrugen 15 000 Tote und Verwundete, die der Türken mehr als 40 000 Mann. In dieser Schlacht, die sich mit der bei Mukden vergleichen läßt, wurde die türkische Armee fast gänzlich vernichtet. In Deroute zog sich der Feind, der die besetzte Stellung von Tschorlu und Sarai nicht halten konnte, gegen Tschataldscha zurück. Durch die Niederlage deprimiert und ohne Artillerie, wird die türkische Armee schwerlich die Hauptstadt verteidigen können.

Die Serben, Griechen und Montenegriner machen auf dem westlichen Kriegsschauplatz erhebliche Fortschritte. Es verlautet, daß Skutari kapituliert habe.

Eine wichtige, den ganzen Ernst der Situation kennzeichnende Meldung wird der „Frankf. Ztg.“ über Albanien telegraphiert: Der Umschwung nicht nur der öffentlichen Meinung, sondern auch in den Kabinetten Europas ist infolge der erstaunlichen Niederlage der Türken so groß, daß man sich in der Hauptsache mit den zu erwartenden Friedensbedingungen der Sieger schon abgefunden hat. Einige schwierige Punkte mag es dabei noch geben. Der schwierigste ist Albanien. Die Erwerbung von Albanien bildet, wie wir Grund haben zu glauben, einen Teil der Abmachungen, auf die die vier Balkanstaaten sich geeinigt haben. Serbien beansprucht dieses Land und ist im Begriff, trotz deutlicher Warnungen aus Wien, es zu okkupieren. Es bildet für die Serben den erhofften Zugang zum Adriatischen Meer, und wenn man Personen hört, die über das unterrichtet sind, was man in Belgrad und Sofia will, dann gewinnt man den Eindruck, daß Serbien an die Erwerbung von Albanien (von dem im Süden ein Teil allerdings wohl an Griechenland fallen soll) alles setzen will. Wenn sich das so verhält, dann gewinnt die Frage nach dem Verbleib Albaniens eine hohe und ernste politische Bedeutung, denn es ist bekannt, daß Oesterreich-Ungarn, das von seiner ursprünglich eingenommenen Haltung angefaßt der veränderten Sachlage in vielen Stücken abgekommen ist, eine Festsetzung der Serben in Albanien, also am Adriatischen Meer, für eine Bedrohung wichtiger Interessen ansieht und nicht zugulassen entschlossen ist. Es ist auch bekannt und uns neuerdings unzweifelhaft bestätigt worden, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien nicht erst seit heute und gestern ein festes Abkommen besteht, wonach beide sich für die Integrität und Unabhängigkeit Albaniens einsetzen. Nach zuverlässigen Mitteilungen, die uns jüngst zugegangen sind, ist kein Zweifel gestattet, daß Oesterreich und Italien dabei auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen können. Je mehr diese Frage, was bei der endgültigen Regelung aus Albanien wird, eine über das Interesse der nächstbeteiligten Staaten hinausreichende Bedeutung für die Ruhe Europas gewinnt, desto besser ist es, wenn man sich über die Haltung der Dreibund-Mächte keiner Täuschung hingibt. Der berechtignte Drang Serbiens nach dem Meere und nach einem Hafen würde sich leichter und gefahrloser an der Küste des Ägäischen Meeres befriedigen lassen. — Die Wetterwolken am politischen Horizont ziehen sich dräuend zusammen.

Im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der österreichischen Delegation erklärte unser Genosse Dr. Ellenbogen den Wunsch des Ministers des Äußern, von einer Erörterung der auswärtigen Lage abzusehen, nicht erfüllen zu können. Die auswärtige Politik sei keine private Angelegenheit der Dynastie oder Diplomatie, sondern des Volkes und Vermögens von Millionen. Diese haben das lebhafteste Interesse daran, daß diese Fragen offen und rückhaltlos besprochen werden. Vor drei Wochen habe er die Unrealisierbarkeit einer territorialen Eroberungspolitik dargelegt. Damals wurde dieser Darstellung gegenüber von einer energischen Wahrung der Interessen gesprochen, die auf Eroberungsabsichten hindeutete. Dieser Standpunkt der österreichischen Diplomatie ist aus der Welt geschafft. Bei Rumänien und Riffisile hat auch die österreichische Diplomatie eine Niederlage erlitten. War der alte Status quo eine Utopie, so muß heute konstatiert werden, daß die Zweibündnisse auch jetzt noch fort-dauern. Gegenüber dem neuen Schlagwort von den legitimen Interessen Oesterreichs auf dem Balkan führte Ellenbogen aus: Die Regierung verberge dahinter die Absicht, Serbien unter die österreichische Einflusssphäre zu bekommen; das heißt zwar nicht territoriale, so doch wirtschaftliche und politische Interessen durch militärische Drohungen zu erzwingen. Die wirtschaftlichen Interessen mögen in folgendem bestehen: Handelsbegünstigungen inwendiger Art, Sandhat-Bahn und Verweigerung eines Hafens an der Adria. Dann kam Ellenbogen auf die Kriegsgelüste der Hierakalen „Reichspost“ und des Thronfolgerers zu sprechen. Die ganze öffentliche Meinung ist mit ihrer einzigen Ausnahme für den Frieden. Diese Ausnahme ist die „Reichspost“, welche auszusagen, daß die politische Ruhe und Verteidigungsfähigkeit des Staates durch Serbien gefährdet sei. Die „Reichspost“ droht, daß wir Serbien gegenüber bewaffnet auf dem Posten stehen müssen. Diese schabakrassende Forderung muß man sich endlich einmal energisch verbitten. Und da man die „Reichspost“ auf den Thronfolger beruft, so muß der Kerner auch konstatieren, daß die öffentliche Meinung sich ganz entschieden gegen Verunehrungen, die aus demselben Belvedere-Winkel kommen, verwahrt. Die Versammlung ist zusammengebrochen aus Parlament, Regierung und Krone. Einen vierten Faktor gebe es da nicht. Dieser vierte Faktor wäre aber sehr ungesund zu sein. Er kann den natürlichen Ver-

lauf der Dinge nicht abwarten. Wäre in dieser Delegation auch nur eine Spur davon vorhanden, was man Männerstolz vor den Thronen von Königen und solchen, die es werden wollen, nennt, so müßte die Delegation einmütig und entschieden gegen diese Verfassungserlebung protestieren, die in diesem fortwährenden Eingreifen gelegen sei. Die Welt hat den bestimmten Eindruck, daß der Kaiser den Frieden wolle. Es liege also eine bewußte Herabsetzung der Autorität der Krone vor, wenn diese Absichten fortwährend von jener Seite durchkreuzt werden.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Zur Präsidentenwahl im Reichstage.

In einer Polemik gegen den Abgeordneten Erzberger, der im „Tag“ für die Befegung der ersten Präsidentenstelle durch das Zentrum eingetreten war, schreibt die „Kölnische Zeitung“:

„Wäre der bisherige Präsident nicht wiedergewählt worden, dann hätten sich allerdings alle Möglichkeiten wieder geöffnet und die Ungewißheit aus den ersten Tagen des jetzigen Reichstages wäre wiedergekehrt. Eine erfreuliche Nebenwirkung der Wiederwahl Kämpfs ist aber, daß die Gefahr eines neuen Durchfahrens wahrscheinlich vermieden ist. Wenn wir auch nicht über die Absichten der nationalliberalen Reichstagsfraktion in dieser Frage unterrichtet sind, so glauben wir doch, daß an der Wiederwahl Kämpfs um so weniger zu zweifeln ist, als seine Mehrheit jetzt um einen Abgeordneten größer ist als damals. Die Wahrscheinlichkeit spricht deshalb für die Wiederwahl Kämpfs zum ersten Präsidenten, weil nichts dagegen spricht. Es läßt sich kein Grund finden, der einen Wechsel in der Person des ersten Präsidenten verlangte. Wenn der Abgeordnete Erzberger nebenher noch ein Vizepräsidentum fordert, so ist das eine Forderung, über die sich wohl noch reden läßt, aber die Tatsache, daß der Linken im neuen Reichstage die Spitze gebührt, nicht weiter berührt.“

Warten wir ab, was kommt!

#### Zu den preussischen Landtagswahlen.

In Breslau hat sich der Verein Jung-Freijunn in einer öffentlichen Versammlung mit der bevorstehenden Landtagswahl beschäftigt. Reichstagsabgeordneter Kopsch referierte und gab der Meinung Ausdruck, daß die Sozialdemokratie in Anbetracht aller Umstände überall den Freijunn in selbstloser Weise unterstützen solle. In der Diskussion erklärten jedoch unsere Genossen Löbe und Darr, daß die Abtretung eines der Breslauer Mandate an unsere Partei die Vorbedingung für die Unterstützung des Freijunns in Schlesien sein werde.

Die Wahlen zum Altenburgischen Landtage, die alle drei Jahre erfolgen, sind von der Altenburgischen Regierung auf den 6. Februar 1913 angelegt worden. Im bisherigen Landtage saßen 7 Sozialdemokraten.

#### Die Steuerkommission des preussischen Abgeordneten-hauses

Begann am Dienstag die zweite Lesung des Gesetzentwurfs. Einleitend gab der Finanzminister die Erklärung ab, daß die Pressmeldungen, die Regierung bestrebe nicht auf die Verabschiedung des Gesetzes, unrichtig seien. Im Gegenteil, es liege ihr ungeheuer viel daran, daß das Gesetz so bald als möglich zustande komme. In der Einzelberatung wurde zunächst ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei abgelehnt, der an die Regierung das Ersuchen richtete, der Kommission die Berichte über Revision der Tätigkeit der Veranlagungskommissionen und ihrer Vorsitzenden vorzulegen. Gegen diesen Antrag stimmte diesmal auch das Zentrum, daß in der ersten Lesung sich dafür ausgesprochen hatte. Maßgebend für die Haltung des Zentrums war die Erklärung des Ministers, daß die Regierung dem Antrage auf keinen Fall Folge geben werde.

Zum § 8 wurde ein sozialdemokratischer Antrag einstimmig angenommen, wonach von dem Einkommen nicht nur die Kranken-, Unfall-, Alters-, Invaliden-, Versicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassenbeiträge des Steuerpflichtigen, sondern auch bei der Ehefrau abgezogen werden kann. Dagegen wurde ein Antrag, der Abzugsfähigkeit der Beiträge zu den Berufsvereinen verlangt, abgelehnt. Auf Antrag der Konservativen wurde ein neuer § 8a geschaffen, wonach, wenn der Aufwand eines Steuerpflichtigen in einem auffälligen Mißverhältnis zu seinem angegebenen Einkommen steht, Schätzung des Einkommens nach dem Aufwande zu erfolgen hat, soweit der Steuerpflichtige nicht nachweist, daß er diesen Aufwand aus seinem Kapitalvermögen oder durch Aufnahme von Schulden oder durch Einkünfte bestreitet, welche nach den Bestimmungen des Steuergesetzes bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens außer Anlaß zu lassen sind. Gegen diesen Antrag wandten sich die Nationalliberalen, während ihn nicht nur die Konservativen, sondern auch die Fortschrittlichen und Sozialdemokraten bejahten. — Die Frage der Besteuerung der Konsumvereine wurde von der Steuerkommission des Abgeordneten-hauses am Mittwoch nachmittags eingehend behandelt. Bekanntlich hat die Kommission in erster Lesung der Regierungsvorlage zugestimmt, wonach auch die Rückvergütung besteuert werden soll. Die Sozialdemokraten beantragten Streichung dieser Bestimmung, sie drangen aber mit ihrer Ansicht nicht durch. Dagegen wurde wenigstens insofern ein Fortschritt erzielt, als die Kommission gegen die Stimmen der Konservativen beschloß, 1 Prozent freizulassen. Im übrigen soll der Kundengewinn besteuert werden. — Die Konsumvereine haben allen Anlaß, bis zur zweiten Lesung im Plenum, die voraussichtlich im Dezember stattfindet, gegen diese ausnahmerechtliche Bestimmung Protest zu erheben.

#### Die Konservativen und das Petroleummonopol.

Die konservative Korrespondenz“ verweigert, daß die konservative Reichstagsfraktion der Petroleummonopol-Vorlage nicht hindernd in den Weg treten

werde. Ob aber die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt die beste und zweckmäßigste Lösung des Petroleumproblems darstellt, bedürfe noch der genaueren Prüfung. Insbesondere haben die Konservativen zwei Bedenken: es erscheint ihnen sehr zweifelhaft, ob es gelingt, außerhalb des amerikanischen Oeltruffs genügend Petroleum zu beschaffen, und der in Aussicht genommene Detailpreis ist zu hoch. Nach dieser Richtung schreibt das konservative offizielle Organ:

„Für die Allgemeinheit ist die in Aussicht genommene Lösung des Petroleumproblems wahrscheinlich von geringerem Interesse als die künftige Preisgestaltung im Detailhandel. An Ansetzungen der Vorlage wird es bei diesem Punkt nicht fehlen, falls es sich bewahrheitet, daß für die obere Preisgrenze pro Liter Leuchtöl ab Tankanlage zunächst 20 Pfennig angesetzt werden sollen. Da der Zwischengewinn des Kleinhändlers auf mindestens 2 Pfg. veranschlagt werden muß, so würde dem Verbraucher der Literpreis auf 22 Pfg. zu stehen kommen. Das ist entschieden ein hoher Preis, wenngleich nicht übersehen werden darf, daß in den Industriebezirken des Westens der Verkaufspreis auch jetzt nicht niedriger ist, während in anderen Landesteilen, wo die Amerikaner die Konkurrenz niederzuhalten trachten, oft viel geringere Preise üblich sind. Mit 20 Pfg. soll freilich nur der zulässige Höchstpreis normiert werden, die Scheidegrenze für die günstigste Ertragsberechnung der Vertriebsgesellschaft und die Verteilung des Gewinnanteils zwischen den Monopolisten und dem Reich. Hoffentlich wird die Gesellschaft ein Einsehen haben und, schon um ihres volkstümlichen Ansehens willen, die Preise wesentlich herabsetzen. Ob sie das ohne weiteres kann, wird erst nach den genauen Ermittlungen der Einkaufspreise zu berechnen sein, für welche vorläufig alle Unterlagen fehlen.“

#### Ein politischer Prozeß.

Wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ mitteilt, hat der Reichstagsabgeordnete Schiffer gegen die Chemnitzer „Vollstimme“ Strafantrag gestellt wegen der Behauptung, daß er bei der Präsidentenwahl im Reichstag für Bebel gestimmt habe. — Herr Schiffer hat dies nach langem Zögern in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ in Abrede gestellt. Die Stimmabgabe bei der Präsidentenwahl ist geheim, ein schlüssiger Beweis also nicht leicht zu führen; immerhin erscheint es einigermaßen befremdlich, daß Herr Schiffer seinen Strafantrag nicht gegen die „Deutsche Tageszeitung“ gerichtet hat, die die Behauptung zuerst aufgestellt hatte. Vermutet Herr Schiffer etwa, gegen ein sozialdemokratisches Blatt und vor einem sachlichen Gericht ständiger eine Beurteilung zu erzielen?

#### Der Tanz um — den Präsidentenstuhl.

Kämpfs Mandatsniederlegung nahm dem Reichstage auch seinen ersten Präsidenten. Kämpf behauptete diesen Posten neben einem fortschrittlichen Vizepräsidenten dank der besonderen Parteikonstellation im Reichstage. Nun aber, da Kämpf „erledigt“ war, wollen die rechtsstehenden Parteien Remedur schaffen und ihr „Anrecht“ auf das Präsidium geltend machen. Offizielle Ansprüche sind zwar nicht erhoben worden, aber der wilde Tanz, den die bürgerliche Presse aufführt, läßt darauf schließen, daß die Präsidentenwahl nicht ganz glatt abgeht. Den Vogel schießt das „Berliner Tageblatt“ ab, das, wie gestern schon erwähnt, im selben Artikel, in dem es die „glänzende“ Wiederwahl Kämpfs feiert, die er den alten Wählerlisten und der Hilfe der Demokraten dankt, inständigst bettelt, man möge doch Kämpf wieder zum Präsidenten wählen: „Es darf daran erinnert werden, daß die Wintertagung des Reichstags, die am 26. November beginnen soll, nur die Fortsetzung der ersten Session der jetzigen Legislaturperiode bildet. Hätte es Herr Kämpf nicht vorgezogen, um eine rechtzeitige Klärung zu schaffen, auf sein Mandat zu verzichten, noch ehe die Entscheidung über die gegen seine Wahl eingelegten Proteste getroffen worden war, hätte demgemäß sein Mandat keine Unterbrechung erlitten, so verstand es sich von selbst, daß er das Präsidium bis zum Schluß der Session beibehielt, ebenso wie das Mandat der beiden Vizepräsidenten Paasche und Dove von selbst weiterläuft. . . . Es ist eine Art von Anstandspflicht, daß die Rechte wenigstens den Schluß der laufenden Session abwartet, ehe sie es mit einer Neubildung des Reichstagspräsidiums versucht. Die einfache Wiederwahl des Abgeordneten Kämpf durch Zuzug zum Reichstagspräsidenten wäre unter den jetzt geschaffenen Verhältnissen das Gegebene.“ — Wir glauben kaum, daß sich die rechtsstehenden Parteien durch diese Bitte erweichen lassen; vom Zentrum wird die Verstärkung des Präsidiums um einen Mann propagiert, wobei natürlich stillschweigende Voraussetzung ist, daß Präsident und Vizepräsident von Konservativen und Zentrum zu stellen wären.

#### Rußland.

Russische Bluthunde. Unter der Beschuldigung der Vorbereitung zu Flottenunruhen verurteilte das Marinegericht in Sebastopol 17 Matrosen zum Tode und 104 zu vier- bis achtjähriger Zwangsarbeit. 29 Angeklagte wurden freigesprochen.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 8. November.

Eine öffentliche Bäder- und Konditoren-Versammlung tagte am 7. November im „Konzerthaus Hühnen“. Ueber das Thema: „Der Kampf gegen die Nacharbeit und Sonntagsarbeit im Bädergewerbe“ referierte der Gauleiter B. Lücher. Nach einer interessanten Diskussion, an der sich auch einige Reizler, sowie Genosse Th. Schwartz beteiligten, wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen:

„Die Versammlung begrüßt es mit Freude, daß auch aus den Reihen der Kleinmeister, die noch selbst die ganze Nacht in ihrer Bäderei mitarbeiten müssen, immer mehr den Mut finden, öffentlich dafür einzutreten, daß es höchste Zeit wird, die regelmäßige Nacharbeit in unserm Gewerbe ganz auszurotten, oder sie doch höchstens auf die frühen Morgenstunden zu beschränken. — Ohne Zweifel



bedeutend die Nacharbeit der Arbeiter unseres Berufes ganz in ihrer Gesundheit, denn sie zwingt die Kollegen und Lehrlinge, die Naturgesetze, welche die Nacht zur Ruhe und den Tag zur Arbeit geschaffen haben, fortwährend zu übertreten. Die Nacharbeit, verbunden mit überlanger Arbeitszeit und regelmäßiger Sonntagsarbeit ist die Ursache des sich bei unseren Kollegen schon im besten Mannesalter einstellenden körperlichen Verfalls und Stetigums, sowie öfterer und langanhaltender Krankheiten. Die heute versammelten Gesellen geloben, nicht eher zu ruhen und zu rasten, als bis es ihnen durch ihre Organisation möglich geworden ist, die schädliche Nacht- und Sonntagsarbeit in unserem Berufe auszurotten. Diese Bewegung durchzuführen ist aber nur der Verband imstande. Deshalb ist es Pflicht aller Kollegen, diesem beizutreten, wenn sie mit Erfolg mit ankämpfen wollen gegen alle diese Mißstände unseres Berufes.

Weiter wurde beschlossen, eine Petition an den Reichstag zu senden, in welcher die 36stündige wöchentliche Ruhezeit oder Sonntagsruhe verlangt wird. Auf Wunsch der Versammlung soll diese Petition dahin erweitert werden, daß speziell für Lübeck die 36stündige Sonntagsruhe gefordert wird. — Auch wurde in der Versammlung dann noch zur Sprache gebracht, daß Herr Junge (Hansa-Dampfbäder) seinen bei ihm beschäftigten Bädern den freien Tag in der Woche entzogen hat. Dieses Vorgehen wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, geeignete Schritte gegen diese unsoziale Maßnahme einzuleiten.

**h. Die heutigen Kolonialreiche.** Vortragswesen der Oberlehrerbehörde. Am gestrigen Abend wurde der dritte Vortragssklus mit obigem Thema von Herrn Dr. Hoffmann-Miel eingeleitet. Zur Zeit des siebenjährigen Krieges war Frankreich die angesehenste und bedeutendste Kolonialmacht. In einen Krieg mit England im Jahre 1763 verwickelt, erlitt es eine schwere Niederlage und wurde seiner Kolonien beraubt, von denen England künftigher Weise Besitz ergriff. Lange aber genoss England nicht den Frieden, denn die Kolonisten in Nordamerika sagten sich durch den Unabhängigkeitskrieg im Jahre 1776 von der Herrschaft Englands los. Hiermit nicht einverstanden griff England zu den Waffen. Nun ereilte auch ihm sein Schicksal, indem es besiegt wurde und schwere Verluste erlitt. Jedoch wirkte dieser Fall immerhin noch nicht so niederschmetternd auf England, wie 1763 auf Frankreich, denn England wehte den Verlust auf der westlichen Erdhälfte durch Erwerbung neuer Kolonien auf der östlichen leicht wieder aus. Besonderen Wert legten die Engländer darauf, Indien unter die britische Herrschaft zu bringen. Ueberall begann ein unaufhaltames Werben und Streben, neue Kolonien zu erringen, wobei sich viele große Staatsmänner ein besonderes Verdienst verschafften. Im Jahre 1793 warf Frankreich noch einmal den Fehdehandschuh England vor die Füße. Nach einem langen und ausgedehnten Kampfe, der 22 Jahre währte, unterlag im Jahre 1815 Frankreich vollständig. Die Beute war für England außerordentlich gut bestellt und bestand in der Einverleibung vieler bedeutenden Kolonien. In den Jahren 1812/14 faßte England noch einmal die unabhängigen Staaten Nordamerikas an; jedoch mißglückte dieser Angriff. Indessen schritt der Siegeszug in der Erwerbung neuer Kolonien emsig fort. Die wichtigsten setzten sich aus Teilen von Australien, Ostasien, Afrika und vielen Inselgruppen von Polynesien zusammen. Am 28. April 1876 ließ sich die Königin von England als Kaiserin von Indien proklamieren. England hatte sich unbestreitbar zur größten und mächtigsten Kolonialmacht emporgeschwungen. Diese tat sich in drei verschiedenen Formen kund: 1. Dominions, 2. Kaiserreich (Indien) und 3. Kolonien und Besitzungen. Die Dominions erhielten im Jahre 1841 vollständiges Verwaltungsrecht, z. B. Kanada, Australien, die Süd-Afrika-Union, Neuseeland und Neufundland. So entwickelten sich neben der Mutter- nach und nach die Tochternationen. Mit den nun folgenden Ausführungen drang der Redner in das Gebiet des imperialistischen Gedankens ein. Imperialismus nennt man in England das Bestreben des Mutterlandes, der Tochternationen und der Kolonien, einander durch ein engeres Band verknüpft zu werden. Zu diesem Zwecke hatte man seitens der Kolonien auf die Einführung eines Schutzollsystems gedrängt, das ihnen die Ausfuhr von Nahrungsmitteln nach England erleichtern sollte. Dagegen wollten die Kolonien von England eingeführte Fabrikate durch entsprechende Schutzölle konkurrenzfähiger machen. England, das bekanntlich der einzige Freihandelsstaat unter den europäischen Großmächten ist, wollte hiervon durchaus nichts wissen. Deshalb haben Staaten wie Kanada, Australien und die Süd-Afrika-Union den ersten Schritt hierzu unternommen und ein einseitiges Schutzollsystem durchgeführt. Dem Imperialismus stehen aber noch andere teilweise gelöste Probleme gegenüber, z. B. das des Kapital- und sonstigen Verkehrs, der Auswanderung, der Herstellung einer einheitlichen Gesetzgebung für Kolonien und Reich u. a. m. Die Beratung dieser Fragen stehen im Vordergrund der Konferenzen, die seit 1907 in Zeiträumen von vier Jahren zwischen den Premiers der Dominions und dem Premier sowie dem Kolonialminister Englands stattfinden. Diese Konferenzen tragen viel zum Zusammenschluß bei und stärken das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Obwohl durch die Abgrenzung der Bevölkerung Englands und seiner Kolonialreiche verschiedenerlei Blut fließt, so trägt doch jeder das gleiche Herz in seiner Brust, das ihnen die Zusammengehörigkeit mit nicht zu verkennender Deutlichkeit ins Bewußtsein ruft.

**Schwarzericht.** Über zwei Meineidsbeschuldigungen hatten heute Freitag die Geschworenen den Wahrspruch zu fällen. In der ersten Sache handelt es sich um den Viehhändler F. Mustin aus Süßdorf, in der zweiten um den Schmiedegesellen Schulz aus Pansdorf. Im Fall Mustin wurden von der Verteidigung sieben, vom Staatsanwalt drei Geschworene abgelehnt. — Mustin wird zur Last gelegt, am 17. März 1911 vor dem Amtsgericht in Schönberg und am 8. August 1911 vor dem Lübecker Amtsgericht wesentlich falsche Offenbarungsbeide abgegeben zu haben. Im Vernehmungsverzeichnis, das beim Ablegen des Offenbarungseides eingereicht werden mußte, hatte Mustin nicht angegeben, daß er vom Mühlensbesitzer Kosahl noch ein Pferd zu fordern habe. Am 26. Oktober 1910 kaufte Mustin — der sich mit Pferdehandel abgibt — auf dem Rakeburger Markt vom Pferdehändler Hamann eine Schimmelstute für 875 Mk. Dieses Pferd verkaufte Mustin am selben Tage an Kosahl gegen einen schwarzbraunen Wallach und 250 Mk. in bar. Kosahl holte den Schimmel aus dem Stall, bezahlte die 250 Mk., lieferte aber den Schwarzbraunen noch nicht ab. Also hatte Mustin von Kosahl ein Guthaben, das er bei Leistung des Offenbarungseides nicht angab. Der Pferdehändler Hamann wartet bis heute vergeblich auf die 675 Mk., obgleich diese schon auf dem Rakeburger Markt hätten bezahlt werden müssen. Ja Mustin steckte die 250 Mk. ein und ließ Hamann warten. Er wollte erst den Wallach verkaufen und dann den ganzen Betrag zurückerstatten. Was er mit dieser Summe angefangen, ist nicht bekannt. Hamann klagte die 675 Mark beim Landgericht Neustrelitz erfolglos ein. Auch Mustin klagte in Schönberg gegen Kosahl auf Zahlung von 500 Mk. oder Abgabe des Pferdes. Der Prozeß schwebt noch. Im Vorverfahren behauptete Mustin, auch ein Zeuge in diesem

Glauben, er habe nur als Kommissionär Kosahl gehandelt, nachher mollte er die Forderung nicht aufgeführt haben, weil diese ja doch an Hamann abgetreten werden müsse. Dadurch sei die Forderung zur Schuld geworden, die nicht aufnahmepflichtig gewesen sei. Der Pferdehandel war in diesem Falle nicht bis ins einzelne aufzuklären, insbesondere bestand ein Zweifel, welches Pferd Kosahl als Tauschobjekt gegolten hat. Sicher ist nur, daß Mustin bei diesem Geschäft 250 Mark in die Tasche steckte, den Schwarzbraunen zugute hatte, den Pferdehändler Hamann vorläufig um den Schimmel brachte und wahrscheinlich auch um die 675 Mk. dafür bringen wird. Denn Geld ist bei dem Angeklagten rar. In der Verhandlung spielte die Frage eine Rolle, ob nicht etwa Hamann der Forderung sei, Kosahl also an Hamann zu zahlen habe und Mustin bei diesem Geschäft aussteige. — Aber die eingestakten 250 Mk.? — Insbesondere lenkte die Verteidigung diese Frage in den Vordergrund, sie suchte den Angeklagten als so hoffnungslos unklaren Kopf hinzustellen, der gar nicht wisse, um was sich die Hauptfrage eigentlich drehe. Diese Meinung steht allerdings mit derjenigen des Vorsitzenden, Landgerichtsrats Schrader, im Widerspruch, der im Laufe der Verhandlung gegenüber einem Zeugen beiläufig bemerkte, daß beim Pferdehandel im allgemeinen der Gegenstand von Dummheit vorherrschend sei. Den Geschworenen lagen die Schuldfragen vor, ob Mustin am 17. März und 8. August bewußt oder fahrlässig Meineide geschworen habe. Sie bejahten in beiden Fällen den wissenschaftlichen Fallscheid. Der Staatsanwalt beantragte hierauf für den ersten Fall 1 Jahr 6 Monate, für den zweiten 1 Jahr Zuchthaus, insgesamt 1 Jahr 9 Monate, fünf Jahre Ehrverlust und sofortige Verhaftung. Das Urteil lautet auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre, dauernde Unfähigkeit als Zeuge vernommen zu werden. Der Angeklagte wird sofort verhaftet.

Ueber den zweiten Fall werden wir morgen berichten. **Risiko der Arbeit.** Gestern nachmittag verunglückte in der Maschinenfabrik von Beth der Schlosser Kruse dadurch, daß ihm vom Mittelfinger der rechten Hand in der Nähmaschine ein Glied abgequetscht wurde. R. mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

**Handelsregister.** Am 7. November 1912 ist bei der Firma Chemische Werke Paap u. Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck eingetragen: Das Stammkapital ist auf Grund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 24. Oktober 1912 um 50 000 Mk. erhöht und beträgt jetzt 200 000 Mk. § 3 des Gesellschaftsvertrages (Stammkapital) ist abgeändert. Dem Kaufmann O. M. L. F. Wunderlich zu Lübeck ist Procura erteilt.

**Ein großes Gala-Saalfest** des Arbeiterradfahrervereins, verbunden mit Kunst- und Reigenfahren, findet am kommenden Sonntag in sämtlichen Räumen unseres Gewerkschaftshauses statt.

**Weiß-Ratkau.** Achtung, Gemeinderatswähler! Die Wählerliste für die im November ds. Js. stattfindende Gemeinderats-Ergänzungswahl liegt vom 7. November an auf 14 Tage im Hause des Gemeindevorstehers Woss in Pansdorf zur Einsicht der Beteiligten und Einbringung etwaiger Bemerkungen öffentlich aus. — Gemeinderatswähler! Seht die Listen ein. Wer nicht in der Liste steht, kann nicht wählen!

**Travemünde.** Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonntag, nachmittag 4½ Uhr, bei Gebert im „Kolloseum“ statt. Es bedarf positiver nur dieses Hinweises, um einen zahlreichen Besuch zu erzielen.

**Oldesloe.** Stadtvorordnetenwahl. Der bisherige Stadtvorordnete Maschinenfabrikant Bentzien wurde bei der gestrigen Stadtvorordnetenwahl mit 156 von 254 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Auf den von unseren Genossen aufgestellten Kandidaten Lagerhalter Bahls entfielen 98 Stimmen.

**Hamburg.** Ein schmerzhaftes Unglück ist über eine in der Speckstraße Nr. 10, 2. Etage, wohnende Familie hereingebrochen. Beim Spielen in der Fensterbank stürzten gestern mittag ein 1½-jähriger Knabe und seine 4jährige Schwester aus dem Fenster auf die Straße. Der Kleine starb nach wenigen Minuten. Die Tochter, die anscheinend keine lebensgefährliche Verletzungen davontrug, verblieb einstweilen in der elterlichen Wohnung.

**Hamburg.** Ein Chedrama spielte sich am Mittwoch gegen Abend in der Wirtschaft von Jensen, Ecke Tal- und Sämundstraße, ab. Dort erschoss der Uhrmacher und Händler Rudolf Rufs seine von ihm getrennt lebende Ehefrau. Nach der Tat erschoss Rufs sich selbst. Frau R. wohnte, seitdem sie sich von ihrem Manne getrennt hatte, bei ihrer Mutter, Seilerstraße 36, während Rufs in Altona, Große Gärtnerstraße 100, wohnte. Das Ehepaar hatte bei Jensen gespeist und sich in einem hinteren Zimmer aufgehalten, als plötzlich einige Schüsse fielen. Der Wirt eilte sofort ins Zimmer, wo er die Ehegatten schwer verletzt auf dem Boden liegen fand. Beide starben auf dem Transport ins Infanterienhaus.

**Altona.** Koalitionsraub in den Altonaer Straßenbahnbetrieben. Die Streckenarbeiter der elektrischen Bahn Altona-Blankenese A.-G. sowie die Arbeiter in dem mit diesem Betriebe verbundenen Elektrizitätswerk leisteten eine Lohnbewegung ein. Die Folge war, daß auch das Fahrpersonal sich ihrer Berufsorganisation, dem Transportarbeiterverband, anschloß. Davon hatte der Betriebsleiter der Bahn, Herr v. Gerstein und Hohenstein, Kenntnis erhalten. Er berief die Arbeiter und das Fahrpersonal zu einer Versammlung zusammen. Nachdem er die verschiedensten Instruktionen erteilt hatte, ließ er die Arbeiter abtreten und „erteilte den Befehl“, daß das Fahrpersonal noch bleiben solle. Als die Arbeiter fort waren, fragte er die Fahrer und Schaffner, wer alles im Verande sei. Von 38 traten 32 vor. Darauf erklärte der Herr Direktor, wer bis zum 15. November nicht aus dem Verande ausgetreten sei, würde entlassen. Einige Tage später erkundigte er sich beim Personal, ob sie seinem Befehl Folge geleistet hätten. Als das von allen verneint wurde, fragte er nach den Ursachen der Nichtausführung seiner Anweisungen. Die Angeklagten wiesen auf die Vorteile der gewerkschaftlichen Organisation hin. Herr v. Gerstein und Hohenstein sprach daraufhin seine Bereitwilligkeit aus, beim Aufsichtsrat vorstellig zu werden, daß den Mitgliedern des Transportarbeiterverbandes in seinem Betriebe die geleisteten Beiträge aus der Betriebskasse zurückerstattet würden. Außerdem wolle er sich mit einem Rechtsanwalt in Verbindung setzen, ob man den Verband nicht zwingen könne, einen Teil der Beiträge zurückzahlen. Seine Ehre lasse es nicht zu, daß er als Vertreter einer Millionengemeinschaft mit Arbeiterorganisationen verhandele, gab er als Grund seines Vorgehens an. Schon am 29. Oktober wurde dann folgende Bekanntmachung erlassen:

**Bekanntmachung an die Fahrer und Schaffner!** Unter Bezugnahme auf die Versammlung der Angeklagten am Mittwoch, dem 23. Oktober, morgens 6 Uhr, in unserer Zentrale in Rienketten, teilt die Direktion den Schaffnern und Fahrern mit, daß wir bereit sind, die bisherigen Auslagen der Mitglieder an den Verband, d. h.

das Eintrittsgeld und die wöchentlichen Beiträge zu zahlen.

Die Schaffner und Fahrer werden hierdurch aufgefordert, jeder für sich eine Aufstellung der Auslagen bis Freitag, dem 8. November, mittags 12 Uhr, an die Direktion einzureichen, damit eine Auszahlung der bisher geleisteten Beiträge erfolgen kann.

Diesemigen Schaffner und Fahrer, welche aus dem Verande nicht ausgetreten wollen, unterlassen die geforderte Aufstellung und wird hierdurch gleichzeitig bekanntgegeben, daß auf ihre Dienste am 15. November nicht mehr reflektiert wird.

Gleichzeitig machen wir ausdrücklich bekannt, daß von denjenigen Schaffnern und Fahrern, welche bis zum 15. November aus dem Verande nicht ausgetreten sind, auch späterhin eine Einstellung bei unserer Gesellschaft ein für allemal ausgeschlossen ist.

**Elektrische Bahn, Altona-Blankenese A.-G., Die Direktion.** gez. E. Bogel, v. Gerstein.

An die Arbeiter des Wertes ist ein derartiges Ansinnen nicht gestellt worden und zwar, weil sie jetzt nicht gebraucht werden. Die Bahn ist mehr auf den Sommer angewiesen, weil fast nur Hamburger resp. Altonaer Ausflügler die Bahn benutzen. Im Winter findet daher eine starke Einschränkung des Betriebes statt, und so glaubt die Direktion, einen Teil des Personals auf billige Art los werden zu können. Denn daß die Angeklagten auf dieses Verlangen nicht eingehen, ist selbst der Direktion klar. Die Arbeiter des Wertes sowie Streckenarbeiter haben sich in einer Versammlung bereit erklärt, das Fahrpersonal nach jeder Richtung hin zu unterstützen.

**Neumünster.** Guter Fang. Gestern in der Frühe verhaftete die Kriminalpolizei drei Einbrecher, die gemeinschaftlich in Neumünster und Umgegend Duzenda von schweren Einbruchsdiebstählen ausgeführt haben.

**Schwerin.** Aus einem Junterparadies. Der Vorstand des Liberalen Wahlvereins heider Mecklenburg wendet sich mit einer Eingabe an den Reichstag, die das ganze staatsrechtliche Elend aufrollt, das seit Jahrzehnten von den Junkern mit dem Aufgebot aller Kraft verteidigt wird. Der Wunsch der Petenten geht dahin, der Reichstag wolle auf dem Wege der Reichsgefeßgebung für beide Mecklenburg eine zeitgemäße Verfassung erwirken. Die Zustände in dem Eldorado der Ritter werden wie folgt geschildert:

„Das Fehlen einer wahrhaften Volksvertretung hat denn auch die schwersten Mißstände gezeitigt; auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet ist unser schönes, von der Natur reich gesegnetes Vaterland zurückgefallen. Die Schulverhältnisse sind vielfach rückständig und in der Ritterschaft völlig ungenügend, unsere Verkehrsmittel sind unvollkommen, die Besoldung vieler Beamtenklassen, besonders der Eisenbahnen, liegt tief unter dem Maß der Nachbarstaaten, sogar noch tiefer unter dem Maß von Privatbahnunternehmungen. Für alle kulturellen Zwecke und wirtschaftlichen Maßnahmen fehlt es an den nötigen Mitteln; denn die mecklenburgische Ritterschaft läßt es an jedem Interesse für solche Maßnahmen mangeln und hat es durch Ausnutzung ihrer jahrhundertelangen gesetzgeberischen Macht verhindert, ihre eigene Steuerleistung auf ein im Deutschen Reich einzig dastehendes niedriges Maß herabzudrücken, zum Nachteil aller übrigen Steuerzahler.“

An den mecklenburgischen Zuständen kann man sehen, wohin die Junkerherrschaft führt. Die Regierungen dieser beiden so unglücklich rückständigen Staaten sind den Junkern gegenüber völlig ohnmächtig, die trutzigen Junker wollen keine Verfassung, sie haben Angst, daß sie dann Steuern zahlen müßten. Die Petenten verlangen das Reichstagswahlrecht für die künftige mecklenburgische Volksvertretung und bemerken mit Recht:

„Wir würden es auch als ungerecht empfinden, wenn dem mecklenburgischen Volke ein Wahlrecht verweigert würde, das fast uneingeschränkt dem jüngsten Bundesstaat Elsaß-Lothringen zuerkannt worden ist.“

Mehr als einmal hat der Reichstag mit großer Mehrheit eine moderne Verfassung für die beiden Mecklenburg als dringend nötig bezeichnet, allein die Reichsregierung hat nicht den Mut, den frechen Junkertrog zu brechen.

**Rostock.** Aus dem Lande des Ochsenkopfes. Jeder Hannepampel, jeder Pfeifenklub, jede Organisation usw. hat das Recht des Petitionierens an den Reichstag. Die Rostocker Bürgervertretung aber soll es nicht haben, so dekretiert der Rat! Die Bürgervertretung hat in ihrer Sitzung am Montagabend beschlossen, in Sachen der Verfassungsfrage eine Eingabe an den Reichstag zu machen. Derselbe lautet: „Die W. der Seestadt Rostock richtet hierdurch an den Hohen Reichstag das Ersuchen, den aus der mecklenburgischen Bevölkerung beim Hohen Reichstag eingegangenen Petitionen, welche im Wege der Reichsgefeßgebung die Schaffung einer konstitutionellen mecklenburgischen Verfassung und die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts fordern, geneigtest Gewährung zu geben.“ — Am Donnerstag vormittag forderte der Rat den Präsidenten Berringer vor sein Forum, wo ihm durch den sichtlich außerordentlich interessierten Bürgermeister Dr. Maßmann eröffnet wurde, daß ihm bei einer Geldstrafe von 1000 Mark verboten sei, die Petition an den Reichstag abzugeben! Ob sich die Bürgervertretung diese Drohung gefallen läßt?

**Bremen.** Maßnahmen gegen die Feuerung. Die Bürgerchaft stimmte am Mittwoch den Vorschlägen der Feuerungskommission zu, nach welchen 100 000 Mk. zum Bezuge ausländischen Schlachtviehes und Fleisches zur Verfügung gestellt werden. Das Fleisch wird durch Schlachtereimeister zum Verkauf gebracht. Weitergehende Anträge unserer Genossen wurden, weil aussichtslos, nicht gestellt.

**Bremen.** Einer von der alten Garde. Jakob Huber, ein verdienter Parteigenosse, ist in Gafed gestorben. Als Tabatarbeiter gehörte er bereits dem von Frickhe geleiteten Allgemeinen Tabatarbeiterverein an. Wie in der Gewerkschaftsbewegung, so stand Huber auch in der Partei im Vordertreffen. Er war einer jener Genossen, die, als das Sozialistengesetz mit brutaler Faust die Organisationen der Arbeiter zerstört hatte, zuerst wieder Mut faßten, indem sie mit dem Halbedler Fortbildungsverein eine neue Stätte der Sammlung und Schulung der Genossen gründeten. Nun ist der treue Kämpfer, erst 54 Jahre alt, von der Proletarierkrankheit dahingerafft.

**Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.**

**Inserate** finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.



# Herren-Konfektion u. Arbeits-Garderoben

## Herren-Jackett-Anzüge

1- u. 2reihige, hübsche, dunkelgemusterte Phantasiestoffe . . . 31.50 25.75 21.75 17<sup>50</sup>  
1- u. 2reihige, solide, vornehme Muster, in moderner Machart. 45.00 42.50 37.50 34<sup>50</sup>

## Herren-Paletots und Ulster

1- u. 2reihig, dunkelgrau und gemustert . . . 33.50 28.50 24.50 19<sup>75</sup>

## Gestrickte Herren-Jagdwesten

dunkelbraun, hübsche Muster . . . 3.85 3.50 3.25 2<sup>75</sup>  
reine Wolle, extra schwer . . . 8.50 6.85 5.25 4<sup>50</sup>

## Blaue Flanell-Herren-Hemden

garantiert krumpfrei, gut und dauerhaft verarbeitet . . . 5.60 5.25 4.85 4<sup>25</sup>  
reine Wolle, extra weiche Qualität . . . 8.25 7.85 6.75 6<sup>35</sup>

## Herren-Winter-Loden-Joppen

2reihig, hochgeschlossen, la. Qualität, mit reinwollenem Flanellfutter . . . 9<sup>85</sup>

1reihiges, elegantes Sportfason mit Falten und Gurt, sehr elegant . . . 11<sup>50</sup>

2reihig, hochgeschlossen, la. Kamelhaar-loden, warm gefüttert . . . 15<sup>25</sup>

## Blaue Flanell-Unterjacken

sogen. Boy-Jacke, mit Flanellfutter, 2reihig, hochgeschlossen . . . 5.85 5.45 4.85 4<sup>35</sup>  
la. blau Flanell, extra schwer, mit la. grau Flanell gefüttert . . . 7<sup>50</sup>

## Graue Flanell-Herren-Hemden

gute, haltbare Qualitäten . . . 6.85 6.25 5.85 5<sup>45</sup>

## Flanell-Herren-Unterhosen

. . . 5.50 4.95 4.35 3<sup>95</sup>

## Herren-Buckskin-Hosen

dunkel gemustert, richtige Strapazierware . . . 2<sup>45</sup>

dunkelgrau gemusterte, schwere Winterware . . . 5<sup>00</sup>

la. Tirlea, reine Wolle, extra schwer, dunkelgrau gemustert . . . 8<sup>35</sup>

## Blaue gestrickte Patent-Jacken

halbwollene Qualität . . . 3.10 2.85 2<sup>60</sup>

la. reinwollene Qualität, extra schwer . . . 3.90 3.65 3<sup>40</sup>

## Isländer-Jacken

schwere Qualitäten . . . 8.75 7.65 5.65 4<sup>75</sup>

## Blaue Herren-Sweater

in wollener und halbwollener Qualität . . . 6.95 5.85 4.75 3<sup>95</sup>

# Schuhwaren in riesiger Auswahl

## Damen-Schnür-Stiefel

in Rindbox und Boxkalf, breite, bequeme Formen . . . 10.25 8.25 7.50 6<sup>75</sup>

## Damen-Spangenschuhe

in Roß-, Bock- und Schaffleder . . . 4.65 3.95 3.45 2<sup>85</sup>

## Damen-Hausschuhe

in schwarz und braun, warm gefüttert . . . 4.95 3.75 3.00 2<sup>65</sup>

## Damen-Filzschuhe und Pantoffel

mit Filz- oder Ledersohle, warm gefüttert . . . 3.75 2.85 1.95 1<sup>50</sup>

## Herren-Schnürstiefel

in Rindbox und Boxkalf, richtige Strapazierqualitäten . . . 10.50 9.85 8.25 7<sup>95</sup>

## Herren-Arbeitsschuhe u. -Stiefel

in Spalt-, Roß- oder Rindleder . . . 8.95 6.75 5.50 3<sup>95</sup>

# Korsetts

Korsett grau Drell mit Spiraleinlage 95<sup>4</sup>  
Korsett Frackform, hellblau, rosa . 1<sup>58</sup>  
Korsett la. grau Drell, Frackform . 1<sup>75</sup>  
Korsett la. grau Drell m. Spiraleinlage 1<sup>90</sup>  
Korsett weiß, lila gestr., Frackform 2<sup>20</sup>  
Korsett la. Satin, beige . . . . . 2<sup>35</sup>  
Korsett Satin mit Spiralst., sehr stark 3<sup>20</sup>  
Korsett la. Drell mit Strumpfhaltern 4<sup>75</sup>  
Korsett la. Stoff mit Strumpfhaltern, sehr elegant und stark . 5<sup>50</sup>  
Korsett la. Satin mit Strumpfhaltern, extra lang . . . . . 7<sup>50</sup>

Enormer Posten **Gummigürtel**  
48<sup>4</sup> 95<sup>4</sup> 1<sup>25</sup> 1<sup>45</sup>



# Schürzen

Besonders vorteilhaft.

Großer Posten  
**Blusenschürzen** 1<sup>28</sup>  
la. Stoff, schick verarbeitet . . . . .  
Großer Posten  
**Blusenschürzen** 1<sup>58</sup>  
la. Satin, reich garniert . . . . .  
Großer Posten  
**Blusenschürzen** 1<sup>85</sup>  
Wiener Leinen, gestreift, mit Volant . . .  
Großer Posten  
**Blusenschürzen** 2<sup>25</sup>  
la. Stoff, gestreift . . . . .  
genau wie Abbildung.

Ca. 300  
**Blaudruckschürzen** 95<sup>4</sup>  
la. Stoff, 120 cm weit . . . . .

# Handschuhe

**Damen-Trikot-Handschuhe**  
schwarz u. farb., m 2 Druckkn., Paar 48<sup>4</sup>  
**Damen-Trikot-Handschuhe**  
moderne Farben mit Futter . Paar 65<sup>4</sup>  
**Damen-Trikot-Handschuhe**  
mod. Farben mit Seidenfutter . Paar 85<sup>4</sup>  
**Damen-Strick-Handschuhe**  
weiß u. farbig, reine Wolle . . Paar 82<sup>4</sup>  
**Herren-Trikot-Handschuhe**  
farbig mit Futter . . . . . Paar 98<sup>4</sup>  
**Herren-Trikot-Handschuhe**  
imitiert Wildleder . . . . . Paar 1<sup>40</sup>

Enormer Posten **Kragenschoner**  
48<sup>4</sup> 65<sup>4</sup> 95<sup>4</sup> 1<sup>15</sup>

# Damen-Konfektion

Weit unter Preis kaufe ich persönlich große Posten **Damen-Mäntel und Kostüme** in Berlin u. bringe diese ab heute in 5 Serien zu nachstehenden billigen Preisen zum Verkauf.

Blaue u. engl. gemusterte Kostüme fast ausschließlich mit Seide gefüttert regulär 32.00 bis 75.00	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
	18 <sup>75</sup>	25 <sup>75</sup>	32 <sup>50</sup>	42 <sup>00</sup>	48 <sup>75</sup>

Damen-Paletots und Ulster engl. gemustert und flauschartige Stoffe regulär 12.00 bis 34.00	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
	8 <sup>75</sup>	11 <sup>75</sup>	15 <sup>75</sup>	18 <sup>75</sup>	24 <sup>50</sup>

Schwarze Frauenmäntel 120 bis 140 cm lang regulär 22.00 bis 39.50	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
	16 <sup>85</sup>	19 <sup>50</sup>	22 <sup>50</sup>	26 <sup>00</sup>	32 <sup>00</sup>

3 Serien  
**Servier- u. Hauskleider**  
in waschbaren Stoffen  
Serie I Serie II Serie III  
5.35 6.50 8.25

3 Serien  
**Tuch-Unterröcke**  
mit reichem Besatz  
Serie I Serie II Serie III  
1.95 2.95 3.95

3 Serien  
**Kostümröcke**  
in blau und engl. gemustert  
Serie I Serie II Serie III  
2.95 5.00 7.25

**Rodelmützen**  
in weiß  
und weiß mit farbig  
95<sup>4</sup> 1.28 1.65

**Kinderhüte**  
in allen Farben  
mit Seide reich garniert  
3.00

**Sporthüte**  
in enormer Auswahl  
von 1.95 an

Lübeck  
Königsstraße 87-89.  
Ecke Wahnstraße.

# Hans Struve

Rendsburg.  
Neumünster.



## Die Gewerkschaften und das Petroleummonopol.

Die erste Flut der Kritiken über das Petroleummonopol ist vorüber. In wenigen Wochen wird den Reichshoten der begründete und ausführliche Entwurf des Gesetzes vorgelegt werden. Soviel steht jetzt schon für alle Freunde eines Monopoles, zu denen auch wir gehören, fest, daß ein von den Interessen der Deutschen Bank diktiertes Gesetz schlimmer ist wie gar keines. Nur über die allgemeine Struktur des Petroleummonopols, welches nach Lage der Dinge immer nur ein Petroleumhandelsmonopol sein kann, wird von der Allgemeinheit noch viel zu sagen sein, für die Gewerkschaften als Arbeiterorganisationen hat aber die Form eines solchen Gesetzes noch besondere Bedeutung. Bei der Beratung des Kaligesezes war es die Sozialdemokratie, die dafür sorgte, daß das Staatsmonopol Bestimmungen zum wirtschaftlichen Schutze der Arbeiter mit festgelegt bekam. Die Anträge unserer Genossen hatten trotz des Sträubens der arbeiterfeindlichen Zentrumsrichtung Herold doch den Zweck erreicht, der durch sie beabsichtigt war; die §§ 13 und 16 des Kaligesezes bestimmen: Wenn in einem Kalierwerke Lohnminderung oder Arbeitszeitverlängerung gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1907/09 erfolgt, dann tritt für das Werk eine Kürzung der Beteiligungsziffer an der Produktion im selben Verhältnis, mindestens aber um 10 % ein. Das heißt also, wird der so gesetzlich festgelegte Maximalarbeitsstag oder der ebenso festgelegte Minimallohn der Kaliarbeiter gekürzt, dann verringert sich automatisch der Gewinn der Besitzer des betreffenden Kaliwerkes! Bei den nach 1909 gegründeten Kaliwerken wird der Jahresdurchschnitt gleichartiger Werke der Beurteilung zugrunde gelegt. Noch wichtiger ist, daß alle diese Bestimmungen auf die Kaliwerke keine Anwendung finden, bei denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch besondere Verträge geregelt sind, welche in geheimer Abstimmung von der Mehrheit der beteiligten Arbeiter und dem Bergbesitzer beschloffen wurden. Die Verträge dürfen keine Bestimmungen enthalten, welche das Vereinigungsrecht der Arbeiter verhindern oder verbieten!

Beim Kaligesez ist also nicht nur die Notwendigkeit des staatlichen Schutzes eines natürlichen Monopols anerkannt, sondern auch die Verpflichtung ausgesprochen, die dem Kapital aus solchen Sicherungen erwächst, daß auch der Arbeiter das Recht hat, an den Vorteilen eines Monopols mit teilzunehmen!

Die vernünftigen, von der positiv arbeitenden sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erzielten Bestimmungen bedeuten heute für rund 30 000 Arbeiter mit einem Jahreslohndienst von 40,9 Millionen Mark ein Stück wirtschaftliche Sicherung. In den 1910 festgestellten 30 deutschen Erdölbetrieben waren 1813 Arbeiter beschäftigt, die Jahresförderung an rohem Erdöl hatte einen Wert von 9,6 Millionen Mark. Petroleumraffinerien bestanden 1909 — jüngere Ziffern liegen noch nicht vor — in Deutschland 42, die 1540 Arbeiter beschäftigten. Der Wert der Jahreserzeugung dieser Petroleumraffinerien betrug rund 36 Millionen Mark. Also auch hier kommen Tausende von Arbeitern in Betracht, denen ihre Existenz nicht nur sicher gestellt werden kann, sondern

auch muß! Ausreden gibt es da für die Gegner der Arbeiterbewegung nicht, haben sie doch alle für das Kalimonopol und für die von uns oben erwähnten Bestimmungen ihr Votum abgegeben. Auch hier wieder wird die Sozialdemokratie sehr gern beweisen, daß sie positiv mitarbeitet, es kommt nur darauf an, ob Zentrum und Liberale ebenso gewillt sind Positives für das Wohl der Arbeiter zu schaffen.

## Die Teuerung.

Der Vorstand des Bayerischen Städte- und Landestages befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der Fleischteuerung. In einer Eingabe an das Ministerium des Innern und an den Bundesrat konstatiert er eine erhebliche Fleischteuerung, erhebt gewichtige Bedenken gegen die Wirksamkeit der erlassenen behördlichen Anordnungen und verlangt als Ergänzung die Zulassung der Einfuhr von überseeischem Gefrierfleisch, durch eine entsprechende Abänderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, dann die Aufhebung der Beschränkungen für die Einfuhr von Vieh aus Dänemark und Schweden, Erleichterung des Schweineimports aus Österreich in die Grenzschlachthöfe, Zulassung der Einfuhr von lebendem Schlachtvieh aus Argentinien, Australien und besonders aus unseren Schutzgebieten, sowie von Vieh und Fleisch aus Amerika unter den für österreichisches Vieh geltenden Beschränkungen, soweit die Rücksicht auf den Seuchenschutz das zuläßt, und von Schlachtvieh aus Frankreich und Fleisch aus der Schweiz. Zur Unterstützung der Landwirtschaft wird die Aufhebung der Zölle auf Futtermittel gefordert.

Wie bürgerliche Blätter melden, hat der Bundesrat auf Anregung Hamburgs einige Erleichterungen für die Einfuhr von Gefrierfleisch angeordnet. Die Bestimmungen vom Jahre 1908 schreibt allgemein vor, daß Tierkörper, die in gefrorenem Zustande eingegeben, vor der Untersuchung aufgetaut werden müssen. Nur für Rennstiere kann die Aufstauung auf die Eingeweide beschränkt werden, wenn nicht das Ergebnis der Befichtigung des Muskelfleisches eine weitergehende Untersuchung erforderlich macht. Diese Bestimmung bedeutete nun für die Einfuhr gefrorener Hammel eine wesentliche Erschwerung, weil das Gefrierfleisch bekanntlich nach dem Auftauen sofort verwertet werden muß. Auf diese Weise wäre es mit großen Schwierigkeiten verbunden, überseeische, in den Hafenstädten zum Zwecke der Untersuchung aufgetaute Hammel in das Inland weiterzubefördern. Es ist deswegen zugelassen, daß auch bei gefrorenen Hammeln die Aufstauung nur soweit gefordert wird, als sie zur Untersuchung der Tiere unbedingt erforderlich ist.

Das russische Fleisch hat sich in Berlin, trotz aller Machinationen der Fleischer, rasch eine große Beliebtheit erworben. Die fortgesetzt steigende Zufuhr reicht noch immer nicht hin, den vorhandenen Bedarf zu decken. An einem einzigen Tage treffen in Berlin wieder 800 Zentner Rind- und 700 Zentner Schweinefleisch ein. Die große Zufuhr aus Rußland hat ein Sinken der Preise für deutsches Fleisch bewirkt.

## Gewerkschaftsbewegung.

Eine ganze Streikversammlung verhaftet. Die streikenden Metallarbeiter der Firma Mundlos u. Co. in Magdeburg wollten Donnerstag früh im Lokal „Weißer Hirsch“

eine Versammlung abhalten, in der der erste Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Gen. Brandes einen Situationsbericht über den Streik zu geben beabsichtigte. Es sollte dazu nicht kommen. Kurz vor Eröffnung der Versammlung erschien ein Polizeikommissar mit etwa 30 Schutzeinheiten, um die sämtlichen Versammlungsbesucher zu fiktieren. Zu diesem Zweck stellte sich der Polizeikommissar Schulz auf einen Stuhl und hielt eine kurze Ansprache: In der letzten Zeit seien wiederholt Belästigungen der Arbeitswilligen vorgekommen. Es bestehe der dringende Verdacht, daß sich Streikende daran beteiligt hätten. Um die Schuldbigen zu ermitteln, sei er beauftragt, alle in dieser Versammlung anwesenden Personen festzunehmen. Er ersuche jeden Einzelnen, den Polizeibeamten ruhig nach dem Polizeirevier zu folgen. Die Unbeteiligten würden sofort wieder freigelassen. — Sämtliche Ausgänge des Lokals waren vorher mit Polizeibeamten besetzt worden, sodaß niemand ungehindert hinaus konnte. Genosse Brandes forderte die Versammlungsteilnehmer auf, dem polizeilichen Machtgebot zu folgen und ruhig mitzugehen. Nunmehr wurden in Trupps von je etwa 40 Mann die Versammelten — es waren ihrer ungefähr 400 — nach der Polizeiwache gebracht. Nur von der Sistierung des Genossen Brandes wurde Abstand genommen. Wieviel von den Sistierten, die natürlich in ihrer großen Mehrheit bald wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, in Haft behalten worden sind, war bis zur Stunde nicht in Erfahrung zu bringen. Bekannt geworden ist, daß bis Mittag zwei Verhaftungen aufrecht erhalten worden sind. — Magdeburg liegt in Preußen, der Provinz Rußlands. Das sagt genug!

Die Lohnbewegung der Metallarbeiter im Bezirk Köln und Mülheim a. Rh. ist nunmehr für fünfzig Betriebe mit über 15 000 Arbeitern als erledigt zu betrachten. Es wurde erreicht hinsichtlich der Arbeitszeit: für 17 Betriebe mit 1226 Arbeitern 56 Stunden pro Woche, 10 Betriebe mit 4380 Arbeitern 56½ Stunden, 23 Betriebe mit 9847 Arbeitern 57 Stunden. Bei den letzteren wurde eine Wajzeit von je drei Minuten mittags und abends vor Schluß zugestanden. Die Arbeitszeiterhöhung beträgt für 3749 Arbeiter 1½ Stunden wöchentlich, für 2251 Arbeiter 2 Stunden, für 7209 Arbeiter 2½ Stunden, für 1504 Arbeiter 3 Stunden, für 356 Arbeiter 3½ Stunden, für 143 Arbeiter 4 Stunden, für 44 Arbeiter 4½ Stunden, für 47 Arbeiter 6 Stunden. Bei allen Firmen wurde für die Verkürzung der Arbeitszeit ein entsprechender Lohnausgleich, bei einer Anzahl darüber hinaus eine Erhöhung erreicht. — Als Ueberbündenzuschläge wurden für die ersten drei Stunden pro Stunde 12 Pfg., für weitere 15 Pfg., für Sonntagsarbeit 20 Pfg. erreicht. Die Mehrzahl der Betriebe hatte vor der Bewegung überhaupt keine Zuschläge; erhöhte Nacht- und Sonntagszuschläge hatte bisher kein Betrieb. In 34 Betrieben wurde die Freitagslohnung erreicht, in allen ist nun wöchentliche Zahlung. Von den 181 Kommissionsmitgliedern, die die Verhandlungen führten, gehörten 131 dem Deutschen Metallarbeiterverband an, 31 dem christlichen und 15 dem Hirsch-Dunkerischen Verbands an; in 21 Betrieben von den 50 führte der Deutsche Metallarbeiterverband die Verhandlungen allein. Der Metallarbeiterverband hatte in dem verflochtenen Kampf die bis dahin nie dagewesene Mitgliederzunahme von 1420.

Tarifabschluß in der Automobilfabrik Opel in Rüsselsheim bei Mainz. Durch den Tarifabschluß wurde an Stelle der 57stündigen Arbeitswoche die 55½stündige erreicht. Der Lohn wird sofort um 3 Pfg., und vom 1. April 1914 ab um weitere 2 Pfg. erhöht. An Stelle der 14tägigen Entlohnung wurde vereinbart, daß jede Woche die Höhe des Stundenlohnes reguliert und die folgende Woche der rechnungsgemäßige Rest ausbezahlt wird. Da auch die Akkordarbeit sowie die Anfangslöhne geregelt wurden, so ist ein nennenswerter Erfolg zu bezeichnen. Die Opelwerke beschäftigen über 4000 Arbeiter.

Tarifkampf der Buchdrucker in den russischen Ostseeprovinzen. Sämtliche Arbeiter des Druckereigewerbes in

## Der Hochwald.

Erzählung von Adalbert Stifter.

(6. Fortsetzung.)

Das Haus war, wie man sie noch heute in jenen Gegenden sieht, aus Holz, hatte ein Erdgeschloß und ein Stockwerk, eine ringsumlaufende Brüstung und ein flaches Dach. Sonst war es viel geräumiger, als die, welche die heutigen Walddörfer bilden. Gleich neben dem Eingange lag Gregors Stube, der auch die Schlüssel führte, weiterhin die der Knechte und die der Kammern der Vorräte. Im ersten Stock war ein Speisezimmer und zwei Zimmer der Mädchen, nebst einem Vorzimmer für die Mägde. Alles war auf das vorsorglichste eingerichtet, nicht die kleinste Kleinigkeit, von Männern oft selten beachtet, aber für Mädchen von großem Werte, fehlte hier, und täglich entdeckten sie neuerdings, daß der Vater oft dahin vorgehen hatte, wozu sie selbst bisher noch nicht gewohnt waren. Der Schmerz, die Furcht, das Ungewohnte ihrer Lage in den ersten Tagen stellte und fügte sich allgemach, und somit begannen sie schüchtern und vorsichtig nach und nach die Entdeckungstour in ihrem Gebiete und fingen an, für dasselbe Neigung und Herz zu gewinnen.

Ihr erstes Unternehmen über die Grenze ihres Besitzes hinaus und zwar über den See, war, um den Wäldchen zu besteigen und mit dem Rohre gen Wittinghausen zu gehen. Gregor und die drei Knechte, alle bewaffnet, mußten mitfahren, dann, als sie ausstiegen, einer mit dem Floss zwanzig Schritte weit vom Ufer harren, die übrigen sie begleiteten. Gregor lächelte gutmütig über diese kriegerischen Anstalten und ließ sie gewähren. Er führte sie um den See herum und von rückwärts auf den Wäldchen, so daß sie, als sie nach einer Stunde seinen Gipfel erreichten, meinten, ihr Haus liege ihnen gerade zu Füßen und ein losgelassenes Steinchen müsse auf sein Dach fallen. — Das Fernrohr wurde ausgepackt und an dem Stumpfe einer verküppelten Birke befestigt. — Aller Augen waren aber schon vorher in die Wäldchen gegangen — wie eine glänzende Wüste lag der heitere Himmel hinaus über die Wälder weg, die wie riesenbreite dunkle bläuliche Wogen hinauslagen, nur am äußersten Gesichtskreise gesäumt von einem Hauche eines fahlen Streifens — es waren die bereits reisenden Kornfelder der Menschen — und endlich geschloffen von einem rechts in das Firmament ablaufenden Dufthaume — — — siehe, der geliebte kleine Würfel, wie ein blauer Punkt schwebt er auf seinem Rande! Johannas Herz wogte in Freude und Schmerz. — Clarissa kniete mittlerweile vor dem Rohre und rühte und rühte, das sah sie gleich, daß es ein

ungleich besseres sei, als das des Vaters, jedoch finden konnte sie damit nichts. Bis zum Erschrecken klar und nahe stand alles vor sie gezaubert, aber es war alles mißfremd. — Abenteuerliche Rücken und Linien und Vorsprünge gingen wie Träume durch das Glas — dann farbige Blitze — dann blau und blau und blau — sie rührte die Schraube, um es zu verlängern — dann führte sie es dem Saume eines dunklen Bandes entlang — plötzlich ein schwacher Schrei — zitternd im Rande des wunderbaren Glases stand das ganze Vaterhaus, klein und zart, wie gemalt, aber zum Staunen erkennbar an Mauern, Erfern, Dächern — ja die Fenster meinte man durchaus sehen zu müssen. Johanna sah auch hinein — blank, unverfehrt, mit glänzendem Dache stand es da in der Ruhe des Himmels. O wie schön, wie freundlich!

Auch der alte Gregor sah durch das zaubernde, ihm unerklärbare Rohr und in seinen Mienen war erkennbar, wie er höchlich danach rang, das Ding begreifen zu können. Auch die Knechte ließ man hineinschauen und freute sich an ihrem Erschrecken und Staunen. Man getraute sich fast nicht, etwas zu rücken, aus Furcht, das teuere Bild zu verlieren, aber Clarissa zeigte ihnen bald, wie man es machen müsse, um es immer wieder zu finden. Sie konnten sich nicht ersättigen, immer das Eine und das Eine anzusehen. — So wie es ihren Augen, schien es auch ihrem Herzen näher, und sie waren fast zu Hause — so ruhig und so lieb stand es da und so unverfehrt. — Freude, Wehmüt, Sehnsucht stieg so hoch, daß man sich das Versprechen gab, sehr oft, ja jeden ganz heitern Tag heraufsteigen und durchsehen zu wollen. Endlich fing man doch an, auch anderes zu suchen und zu prüfen. Der fahle Streifen am Gesichtsaume war das erste und deutlich zeigte sich, daß es angebautes Land mit Erntefeldern war — dann wurden die Waldberge, dann der See und endlich gar das Haus versucht. Alles war gar so schön und so reinlich.

Nach langem Aufenthalte auf dem Felsen beschloß man die Rückkehr, und das Rohr wurde von Gregor mit Hastigkeit und sogar mit einer Art Schen in sein ledernes Fach gepackt und mit der größten Obhut getragen. Auf dem Rückwege trug sich nichts Merkwürdiges zu. Sie fanden ihr Floss warten, stiegen ein, fuhren über, und der Tag endete, wie alle seine bisher erlebten Vorgänger mit einer glühenden Abendröte, die sie nie anders, als auf den gegenüberliegenden Wäldern flammen sahen, während der See eine ganz schwarze Tafel vor ihre Fenster legte; nur zeitweise von einem roten Blitze durchschnitten.

Dieser ersten Wanderung folgten bald mehrere und mehrere, die immer kühner und weitläufiger wurden, je mehr

sie die Ruhe und Sicherheit des Waldes kennen lernten. Von dem Vater war bereits zweimal beruhigende Botenschaft gekommen; auch, wenn sie den Wäldchen besteigen und durch das Rohr sahen, das ihnen das liebste Kleinod geworden — stand immer dasselbe schöne, reine, unverfehrt Bild des väterlichen Hauses darinnen, sodaß Johanna einmal den kindlichen Wunsch äußerte, wenn man es doch auch von der anderen Seite sehen könnte. Zuweilen, wie Kinder, kehrten sie das Rohr um, und freuten sich wenn ihr Haus, winzig, wie ein Stednadelkopf meilenweit draußen lag und der See wie ein kleines Glastäfelchen daneben.

Ein paar Gewitter hatten sie erlebt, denen einige traurige graue Regentage folgten. Sie brachten dieselben im Zimmer zu, an all ihren Stoffen und Kleidern schneidend und näsend und ändernd, und da schon Tage und Wochen vergangen waren, ohne daß sich das mindeste Böse einstellte, ja da draußen alles so schön und ruhig lag, als wäre nirgends in der Welt ein Krieg, und sogar nach des Vaters letzter Nachricht der Anschein war, als würde über Wittinghausen gar niemals etwas kommen: so erheiterten und stillten sich wieder ihre Gemüter, so daß die Erhabenheit ihrer Umgebung Raum gewann, suchte ein Blatt nach dem anderen vorzulegen, daß sie auch gemacht zu verstehen begannen, wie es ihnen Gregor oft vorhergefragt. — Auch Scherz und Mutwilligkeit stellte sich ein: Johanna beredete einmal die Schwester, ihren schönsten Kleiderknopf sich gegenständig anzulegen — und wie sie es getan und nun sich vor den Spiegel stellten, so überkam ein leichtes Rot die edlen feinen Züge Clarissas wegen dieser mädchenhaften Schwäche, während die Augen Johannas vor Vergnügen funkelten.

Der alte Gregor hatte seine Freude an ihrem Mute; er begann sie von Tag zu Tag lieber zu gewinnen, und wie sich ihre Herzen, wie zwei Sterne des Waldhimmels, immer lieber und freundlicher gegen ihn neigten, so ging auch das seine in diesen sanften Strahlen immer mehr und mehr auf — bis es dastand, großartig schön, wie das eines Jünglings, ruhend in einer Dichtungs- und Phantasiestille, üppig wuchernd, schimmernd, wie jene Tropenwälder, aber ebenso unbewußt, so ungepflegt, so naturroh und so unheimlich, wie sie. Seinen ganzen Lebenslauf, eine ganze Seele hatte er dem Walde nachgedacht, und packte umgekehrt auch wieder so zu ihm, daß man sich ihn auf einem anderen Schauplatze gar nicht denken konnte. Daher dachtete er auch seinen Schutzbefohlenen sich und ihre Einde in solch wunderlicher zauberhafter Art und Gestalt vor, daß sie auch ihnen zu reden begann, und sie sich immer wie inmitten eines Märchens zu schweben schienen.

(Fortsetzung folgt.)



Alga, Surjew, Kosal, Libau, Ritalu, Bernau, Walf, Wenken, Wolmar, Goldingen und Schlot haben am 26. Oktober ihren Arbeitsvertrag binnen zwei Wochen kündigen, wenn nicht paritätische Kommissionen der Arbeiter und Arbeitgeber zur Ausarbeitung eines allgemeinen Tarifs für die gesamten Ostpreußen eingeleitet werden. Der Hauptpunkt der Forderungen der Druckereiarbeiter besteht in der Lohnerhöhung, die infolge der exorbitanten Lebensmittelerhöhung und der niedrigen Lohnsätze, die durchweg niedriger sind als im Ausland, notwendig geworden ist. Dem musterhaft geschlossenen Vorgehen der baltischen Druckereiarbeiter ist eine vom Druckereiarbeiterverband veranstaltete Enquete über die Arbeitsbedingungen in den Druckereien vorausgegangen. Wegen Veranlassung dieser Enquete ist der Verbandssekretär A. Bruns vom Gouverneur zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Auch sonst sucht der holländische Gouverneur den Tarifkampf der Druckereiarbeiter mit allen Mitteln zu verhindern. So hat er dem Verbandsvorsitzenden am 18. Oktober erklärt, er würde sämtliche Streikende nach dem Karymsker Bezirk (im Nordosten Sibiriens) verbannen! Die Verhaftungen haben bereits begonnen. Die Arbeiter sind aber ihres Sieges sicher, da sie zu 75 % organisiert sind. An alle Druckereiarbeiter ergeht die Bitte, sich nicht für die russischen Ostpreußen anwerben zu lassen!

## Aus der Arbeiter-Internationale.

**Österreich.** In Agram und Brünn streiken die Tapezierer, in Innsbruck die Tischler. Beim Tischlerstreik geben sich die Christlichen alle Mühe, Streikbrecher heranzuziehen. — Dem sozialdemokratischen Arbeiterverein in Innsbruck schenkte ein Gönner seine in der Nähe gelegene Villa, deren Nutzungrecht er sich jedoch für Lebzeiten vorbehielt. — In Brünn brach ein allgemeiner Streik der Straßenbahner aus, der den Verkehr seit Mittwoch völlig lahmlegte.

**Italien.** Einen völlig gelungenen Generalstreik führten die italienischen Seefleute in allen größeren Häfen des Landes am 24. und 25. Oktober durch, um gegen die Halsstarrigkeit der Regierung in Sachen der italienischen Invalidenversicherung für Seefleute zu demonstrieren. — Die allgemeine Lohn- und Tarifbewegung der Buchdrucker führte in Mailand schon zu einem allgemeinen Streik, doch gelang es den Unternehmern, mit den Zeitungsgebern einen Sondervertrag abzuschließen. Dadurch sind für alle anderen Beteiligten die Aussichten auf Erfolg fast gesunken.

**Belgien.** Die Brüsseler sozialistische Lehrgewerkschaft befehlt, während des Generalstreiks je nach der Gehaltshöhe 25–50 % des Gehalts an den Streikfonds abzuführen. Dem Beispiele der Arbeiterorganisationen des nördlichen Frankreich, die eine große Anzahl von Kindern der belgischen Streikenden im Falle des Generalstreiks aufnehmen wollen, haben sich inzwischen schon zahlreiche holländische Organisationen angeschlossen. In Amsterdam wurde für diese Zwecke eine besondere Zentrale geschaffen. — Die Arbeiter der Brüsseler Gasgesellschaft beginnen, ihre Organisation zu stärken. Auffälligerweise wurden zugleich eine Reihe ihrer alten Forderungen von der Gesellschaft erfüllt. Weshalb ist die Organisation entschlossen, diesmal den Betrieb gründlich zu reformieren. — In dem fast dreimonatlichen Streik der Brüsseler Tischler wurde jedoch eine Einigung erzielt, die eine allgemeine Lohnerhöhung für mehrere Tausend Arbeiter brachte. — Der belgische Bergarbeiterkongress sprach sich gegen die fünfjährige Arbeitswoche, dagegen für regelmäßige Ferien, wöchentliche Lohnzahlung und Revision des Altersversicherungsbeitrages für Bergarbeiter aus, damit die Renten nach 30jähriger Beitragsleistung mindestens auf 200 Mk. erhöht werden.

**Holland.** Schon seit 1897 führen die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei einen heftigen Kampf um eine staatliche Alters- und Invalidenrente, deren Lasten, nach dem englischen und deutschen Muster, ganz vom Staate zu tragen wären. Im Jahre 1901 legte die Kammer und 1905 die liberale Regierung einen Gesetzentwurf vor, der das deutsche System zur Grundlage hatte. Jetzt hat das Ministerium Talma erneut einen ähnlichen Entwurf der Kammer unterbreitet, der alle Nachteile des deutschen Gesetzes hat. Der Entwurf, je zur Hälfte vom Arbeiter und Unternehmer zu zahlen, ist in fünf Stufen zerlegt, von wöchentlich 20 Centis (34 Pfg.) bei weniger als 240 Gulden Jahres-einkommen, bis zu 45 Centis bei 900–1200 Gulden Einkommen. Die Altersrente soll in der untersten Klasse nach 10 Jahren rund 72 Gulden, nach 20 Jahren 85, nach 30 Jahren 98 Gulden betragen, in der höchsten Klasse 172, 204 und 225 Gulden. Jährlich sind 47 Beiträge mindestens zu leisten. Rentenberechtigt ist nur, wer 70 Jahre alt ist und volle 24 Jahre Beiträge zahlt. Invalidenrente soll nach 15wöchentlichem Beitragsleistung gezahlt werden können, wenn der Versicherte ½ seiner Erwerbsfähigkeit einbüßte. Der Staat soll für die ganze Versorgung 10 Millionen Gulden jährlichen Zuschuß leisten, die durch Zollaufschläge (!) aufzubringen wären. Die sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, gegen das Gesetz zu stimmen.

**Frankreich.** In Dünkirchen streikt das Personal der Gaspahalt wegen einer Reihe von Verschlechterungen, die ihm eine neue Direction aufzwang. — In der Nähe von Marseille demonstrieren Streikende gegen Streikbrechertransporte. Der Unternehmer holte sich per Auto eine Anzahl Polizisten, die ohne weiteres in das Publikum schossen. Zwei Tote und 15 Schwerverletzte, darunter Unbeteiligte, war das Resultat der Staatsrettung. Von den Polizisten oder Streikbrechern war niemand etwas gezeigelt. — Der

allgemeine Gewerkschaftsverband veröffentlicht ein an alle gewerkschaftlichen Landeszentralen des Auslandes gerichtetes Rundschreiben, worin gewerkschaftliche Friedensdemonstrationen vorgeschlagen wurden. — Der Kongress des Verbandes der sozialistischen Konjunktionsgenossenschaften sprach sich mit 307 gegen 30 Stimmen für den Zusammenschluß mit dem „unabhängigen“ Verbande aus, dessen gleichzeitig tagender Kongress denselben Beschluß faßte.

**Spanien.** Wie schon gemeldet, will der Gesetzentwurf, den die liberale Regierung den Cortes zur Regelung der Eisenbahnverhältnisse vorlegte, das Streikrecht der Eisenbahner gänzlich abschaffen. Gegen diesen Versuch hat sich nun neben der sozialistischen Partei Maura, der frühere Ministerpräsident und jetzige Führer der liberalen Minorität, gewandt! Den Versuch der Regierung bezeichnete er als ungerecht, da das „heilige Recht“ zum Streiken nicht angefaßt werden dürfe, ferner als überflüssig, da das Gesetz vom Jahre 1909 genüge, um Auswüchsen entgegenzutreten, und endlich als unwirksam und gefährlich, weil es zu plötzlichen und dadurch revolutionären Streiks führen müsse. Katholische Politiker, die in Belgien, Frankreich und Deutschland gegen die volle Konstitutionsfreiheit der Eisenbahner sind, werfen sich also in Spanien plötzlich zu ihrem Verteidiger auf.

**England.** Der staatlichen Arbeitslosenversicherung, die bekanntlich nur einige Industriezweige umfaßt, unterliegen zurzeit 2170 651 Arbeiter. — Die in den Londoner Brotfabriken beschäftigten Bäcker kündigten ihren langjährigen Tarifvertrag, nach dem sie 30 Mk. wöchentlich für eine 60tündige Arbeitszeit erhielten. Sie verlangen jetzt 32 Mk. für 54 Stunden. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Monate, ist also für die Arbeiter sehr ungünstig. — In Cowes streiken Hunderte von Schiffsjüngern, um eine Lohnerhöhung von 67 auf 74 Pfg. pro Stunde zu erlangen. — In der Schuhfabrik der schottischen Konjunktionsgenossenschaft streiken 200 Mann wegen Differenzen mit einem Vorstandsmittglied. — In einer Genossenschaft in Edinburgh streiken die Schuhmacher, weil zur Bedienung einer Maschine ein Handschuhmacher, der seiner Spezialgewerkschaft angehört, beschäftigt wird. — In der Sheffielder Stahlindustrie ergrieffen 7000 Hilfsarbeiter eine Lohnerhöhung von 1 Mk. pro Woche. — 700 Straßenreiner in Leeds erhielten 50 Pfg. Stundenlohn nach einigen Stunden Streik zugebilligt.

**Südafrika.** Ein ernstlicher Konflikt scheint zwischen der Bergarbeiterorganisation und den Goldbergwerksgeellschaften bevorzustehen, da die letztere sich ganz entschieden gegen ein den Arbeitern aufzuzwingendes Kontraktformular wehren will, wonach die weißen Bergleute genau wie die Kulis mit Leib und Seele ihren Unternehmern ausgeliefert wären. — Dem Landtage der Kolonie Transvaal legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, der für alle Handlungsgehilfen wöchentliche Kündigungsfrist und eine Maximalarbeitswoche von 48 Stunden vorsieht. Höchstens dreimal in der Woche oder dreimal innerhalb eines Jahres ist Überarbeitbarkeit gestattet, wenn diese mit 50 % Aufschlag bezahlt wird. Wöchentlich sind 14 Tage Urlaub ohne Gehaltsverlust zu gewähren. Das jetzt geltende Gesetz, wonach die Arbeitszeit 54 Stunden wöchentlich betragen darf, wird wenig eingehalten, da es den Angestellten an einer starken Organisation fehlt, dem Gesetze Geltung zu verschaffen.

**Uruguay.** Ein soeben in Kraft getretenes Gesetz legt den achtstündigen Maximalarbeitsstag fest für alle öffentlichen Betriebe, Fabriken, sowie für die Häute-, Leder- und Textilindustrie, d. h. für rund 70 % aller Exportindustrien. In manchen Gegenden besteht der Achtstundentag übrigens schon seit Jahren. Alle Bemühungen der Unternehmer gegen das Gesetz waren fruchtlos.

**Vereinigte Staaten.** Roosevelt ist Mitglied des Buchdruckerverbandes, während die Maurer vor Jahren Laft zum Mitgliede ernannten, jedoch beide auch als „Gewerkschaftler“ auftreten können. Ein Teil der Maurer verlangt nun den Ausschluß Lafts, weil er sich der Arbeiterklasse gegenüber unanständig betragen habe. Ob aus dem Ausschlusse noch vor der Wahl etwas würde, bleibt sehr fraglich. — In den Fabriken des Tapeten-Trüffes streiken die Drucker und Farbenmischer, was die weitere Arbeitsniederlegung von 5000 anderen Arbeitern zur Folge haben kann. Es handelt sich um Erneuerung des Tarifvertrages. — In Chicago droht ein Streik von 35 000 Bauarbeitern, um eine Lokalgewerkschaft zum Anschluß an den Gewerkschaftsbund zu zwingen. Solche Streiks gegen andere Gewerkschaften sind dort nichts seltenes.

## Aus Nah und Fern.

Der Riß des Spreetunnels der Berliner Untergrundbahn, durch den im Frühjahr eine Ueberschwemmung verursacht wurde, ist jetzt in der trockenen gelegenen Baugrube des Spreetunnels freigelegt worden. Die Bruchstelle ist verhältnismäßig nicht groß; sie stellt einen Riß von etwa sechs Meter Länge dar, der in seiner breitesten Ausdehnung etwa zwanzig Zentimeter mißt. Das Urteil darüber, ob eine bloße Ausbesserung des Tunnels möglich ist, läßt sich erst fällen, nach dem die schadhafte Stelle völlig bloßgelegt ist.

Bei der Verfolgung eines Juwelendiebes feuerte in Berlin ein Kriminalwachmeister, um dem Verfolgten, der seinen Revolver gegen den Beamten richtete, zuvorkommen, zweimal aus seinem Dienstrevolver. Die zweite Kugel verletzete einen zufällig vorübergehenden Hausdiener an der Wade. Der Juwelendieb wurde, ehe er seine Waffe gebrauchen konnte, verhaftet. Er behauptet, Artist zu sein und Löwe zu heißen. Es scheint sich um einen internationalen Juwelendieb zu handeln, da der Verhaftete bei einem Pfandleiher für mehrere tausend

Mark Juwelen verkaufen wollte und flüchtete, als er sich legitimieren sollte.

**Mord- und Selbstmordchronik.** Mittwoch nacht erschoss in Ochruf der 22jährige Fabrikant Beck seinen dreijährigen Sohn und brachte sich selbst zwei Schüsse bei, durch die er schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt worden ist. — In Geresheim bei Düsseldorf fand der Glasmacher Klaus, als er um 4 Uhr morgens von der Arbeit heimkehrte, seine 35jährige Ehefrau durch Beiliebe erschlagen in der Wohnung vor. Das zweijährige Töchterchen war durch Beiliebe tödlich verletzt. Die Verfolgung des Täters ist sofort mit Polizeihunden aufgenommen worden. — In Leopoldshall, Unhalt, erschoss der 29jährige Schmied Martens seine Frau und sich selbst. Die Gründe sind unbekannt. Auf einem Bettel stand: Unsere Stunde hat geschlagen, grüßt Alle!

**Schrecklicher Fund.** Mittwoch nachmittag fand ein mit seiner Klasse auf einem Spaziergang befindlicher Lehrer im Walde bei Billers die kopflose Leiche des italienischen Götterarbeiters Hugo Manuzzi aus Chitignano in der Provinz Arezzo. Der glattabgeschnittene Kopf lag einige Meter von dem Rumpfe entfernt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

**Schwerer Unfall.** Auf dem Krefelder Hauptbahnhof kam der fünfzigjährige Professor Kose aus Rempen beim Besteigen eines abfahrenden Buses durch einen Fehltritt zu Fall, wurde überfahren und getötet.

**Zwischen Leben und Tod.** Ein Telegramm aus Quebec (Kanada) besagt, daß der Dampfer „Royal George“ mit Volltampf auf den Felsen Point Laurent aufstieg. Schleppdampfer sind zur Hilfeleistung abgegangen. In Bord des Dampfers sind 901 Passagiere. Der Zustand des Schiffes ist sehr ernst.

**Gräßliche Schreckensszenen** spielten sich in einem Hause in der Bingenstraße zu München ab. In einem Kellerraum ereignete sich eine Explosion. Das ganze Haus wurde in kurzer Zeit in eine Rauchwolke gehüllt, so daß die Bewohner dem Ersticken nahe waren. Eine fürchterliche Panik bemächtigte sich der Leute. Mehrere Personen konnten durch die Fenster gerettet werden. Eine 52jährige Frau stürzte mit ihrem Ketter in die Tiefe und wurde auf der Stelle getötet, während ihr Ketter unversehrt blieb.

**Eine durstige Kolonie.** Die in der Kolonie Togo wohnenden Deutschen scheinen sehr trinkstille Männer zu sein. Wie nämlich die „Berliner Politischen Nachrichten“ feststellen, verbrauchten die 368 Weißen im Jahre 1910 an stillen Weinen 6534 Liter im Werte von 12 400 Mark, 1960 Liter Schaumwein im Werte von 8820 Mk., 6180 Liter Brantwein aller Art im Werte von 21 510 Mk. und 91 129 Liter Bier im Werte von 61 479 Mk. Im ganzen kamen auf die weiße Bevölkerung 105 804 Liter alkoholartige Getränke im Werte von 104 209 Mk. Im Jahre 1911 verbrauchten die dort lebenden 354 Personen an stillen Weinen 29 704 Liter im Werte von 33 906 Mk., 2969 Liter Schaumwein im Werte von 13 850 Mk., 9427 Liter Brantwein aller Art im Werte von 25 873 Mk. und 87 405 Liter Bier im Werte von 57 834 Mk., in Summa 129 505 Liter alkoholhaltiger Getränke im Werte von 131 463 Mk. — Während also die Zahl der Weißen um 14 Köpfe zurückgegangen ist, stieg der Alkoholkonsum um 23 701 Liter!

## Heiteres.

**Haushalt.** Hausherr: Wir haben eine Köchin, ein Stubenmädchen, ein Mädchen für alles und ein Kindermädchen! — „So! Wer hat denn da die meiste Arbeit?“ — „Meine Frau!“

**Müdekind.** Sohn: „Vater, ich möcht' zum Jugendwehrdienst!“ — „Warum? Wer hat dir denn was tun wollen?“

## Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

### die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. In dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksboten“ zu agitieren.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

## Heilanstalt Stednig.

Fernsprecher 22 und 394.  
Briefe in Enkeltangelegenheiten sind an die Direktion zu richten.  
Geschäftszeit: Montag von 9–1 Uhr morgens und 2–7 Uhr nachmittags.  
Sonntags und Feiertagen von 9–1 Uhr nachmittags.  
Besuchzeit für die Kranken Sonntag nachmittags von 3–4 Uhr.  
D. E. Direktion.

Gesucht ein leeres Zimmer von allseitiger Aussicht. (4785)  
L. H. K. A. d. G. d. B. 21.

Wollwäcker Antje A. Johanneke  
bittet zu verp. (4797) Schönb. 5.

Connacht und  
Connacht Schen  
Grüßel  
zum Verkauf. 4780  
Krögers Gasthof, Schwartau.

Als Schneiderin empfiehlt sich  
(4785) H. Wick, Schönb. 23 II.  
Auf ein gr. möbl. Zimmer zu verm.

# Bedarfs-Artikel-Angebot.

Satz Schüssel (6 Stück) 1.20 1.10 98 <sup>4</sup>	Küchenhandtuchhalter 1.10 60 38 <sup>4</sup>
Fleischplatten, oval 50 35 25 20 <sup>4</sup>	Schinkenbretter 20 18 15 10 <sup>4</sup>
Saucieren, dek., zum Aussuchen 50 <sup>4</sup>	Messerputzbretter 95 65 45 30 <sup>4</sup>
Bestecke Paar 75 50 35 25 <sup>4</sup>	Küchenlampen 95 75 60 50 38 <sup>4</sup>
Tischmesser 50 40 30 20 15 <sup>4</sup>	Tischlampen 4.50 2.90 2.20
EB-Löffel u. Gabel 25 18 10 8 <sup>4</sup>	Hängelampen 9.00 6.50 4.50 3.90

Ein großer Posten Tischlampen zum Aussuchen 1.68<sup>4</sup>

## RIESEN-BAZAR

Rabatt-Marken.

Pietro Cagna.

Breite Straße 33.

Damen- u. Kinderanveroben werd.  
anacert. (4748) G. Gebhardt. 22 II.

## Dicke Flomen.

Pa. ger. Schweinsbck o. Kn Pf. 95<sup>4</sup>  
Pa. kleine Rauchstücke Pfd. 110<sup>4</sup>  
Pa. geräuchert. Nacken Pfd. 120<sup>4</sup>  
Pa. dicke Rippen z. Füll. Pfd. 90<sup>4</sup>  
Bestes weißes Schmalz 85<sup>4</sup>  
bei Abnahme v. 4 Pfd. Pfd.  
Karl Lahrz, Böttcherstr. 14-16,  
4802) vorm. M. Lahrz.

Billig! Käse! Billig!  
Große Partie schöne (4799)  
fette Tüfter Pfund 60 Pfg.  
Schöne, weiche Schmeizer 75  
klein-  
verkauft Fleißhauerstr. 48.

## Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der  
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.



Anzüge

Ulster

Paletots

Joppen

Hosen

Leinen- u. Normal-

Wäsche

Stiefel

für Damen u. Herren



Kostüme

Mäntel

Blusen

Röcke

Kleiderstoffe

Pelze

Schirme

Manufaktur-  
Waren

Knaben- und Mädchen-Konfektion


**auf Teilzahlung**

in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

(4801)

**Kaufhaus SIEGFRIED ITTMANN**

Breite Straße 33, 1. Etage.

**Pelz**   
Krawatten, Schals, Kragen, Muffen,  
Damen-Pelzjacken u. -Mäntel, Herren-  
Geh- und Reisepelze, Pelzhüte und  
Baretts, garniert und ungarniert,  
Kindergarnituren, Fellteppiche, Fell-  
vorlagen, Fußsäcke etc. kaufen Sie am  
vorteilhaftesten direkt vom Lager im

**Pelzhaus Zimmermann**

4291

Lübeck-Stettin

**Beckergrube 50, I.**

Zwanglose Besichtigung höfl. erbeten.

## Unsere Gesellschaftsspiele

haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. An den langen Winterabenden der beste Zeitvertreib für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.

Preis 60 Pfg., Mf. 1.— und Mf. 1.80.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 46.

## Plakate

betr.

Verordnung des Medizinal-  
amts vom 11. Juli 1910  
bezügl. Festhalten von Nah-  
rungs- und Genussmitteln  
sind zum Preise von 80 Pfg.  
per Stück zu haben in der

**Buchdruckerei d. Lüb. Volksh.**  
Johannisstraße 46.

**Prima Koks-Bries**

— rein gefiebt —  
in schöner Körnung  
zu ganz billigem Preise.

**Christian Gäde**

Kontor: Fischergrube 4.  
NB. Mein Lager bei der Dreh-  
brücke ist Sonntags morgens v.  
7—9 Uhr geöffnet. (4803)



## Kaiser's Kakao

das Pfund von 1.00 Mk. an

empfehlen wir bei den hohen Kaffee-  
preisen als billig, nahrhaft, bekömmlich  
wohlschmeckend.////////

### Kaiser's Kaffee-Geschäft

G. m. b. H. / Europas größter Kaffee-  
Rösterei-Betrieb / Über 1000 Filialen

4748

## Schulschreibhefte

mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die

**Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.**  
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

### Achtung diese Woche!

Pr. Kalbfleisch	65 u. 70 A
" Kalbsende	75 u. 80 A
" Schweinefleisch	90 u. 95 A
" Hammelfleisch	80 u. 85 A
" fettes Rind- und	
Queensfleisch	75 u. 80 A
" Bratenstücke	85 u. 90 A
" Rohfleisch	100 A
" Beefsteak	120 A
" Geflügel u. Leberwurst	90 A
" Blauwurst	70 A Sülze 80 A
" Aufschnitt	120 A

**Hermann Atmer,**  
Königsstraße 486. (4806)

### Meiereibutter

Pfund 130 A

**weißes Schmalz**

Pfund 70 A

**Kolossnatzbutter**

weiß, Pfd. 60 A

**Margarine**

Pfund 75, 70 und 60 A

**Frucht-Marmelade**

Pfd. 30, 40 und 48 A

**dicker fetter Speck**

Pfund 105 A

**Blanchstücke**

Pfund 110 A

**Holländer Käse**

Pfund 75 A

**Schweizerkäse**

Pfund 60 und 80 A

**Sülzer Käse**

Pfund 80, 60 und 40 A

**7 Eier 60 Pfg.**

**Magd. Sauerkohl**

2 Pfund 15 A

**feste Salzgurken**

2 Stück 15 A

**Pfeffergurken**

1/4 Pfd. 15 A

**Eduard Speck**

4804 Süßstraße 80/82.



# Holstenhaus

G. m. b. H.

Lübeck,  
Holstenstr. 25-33.

## Große Ladungen Lebensmittel

enorm billig!

(4793)

<b>Gemahlener Zucker</b>	Pfund	21 <sup>4</sup>
Weizenmehl	Pfund	16 <sup>4</sup>
Rangoon-Reis	Pfund	20 <sup>4</sup>
Gebrannte Gerste	Pfund	19 <sup>4</sup>
Buchweizen-Grütze	Pfund	20 <sup>4</sup>
Getrocknete Pflaumen	Pfund	38 <sup>4</sup>
Backobst	Pfund	48 <sup>4</sup>
<b>Kakao</b> garantiert rein	Pfund	87 u. 75 <sup>4</sup>
Bouillon-Würfel	10 Stück	36 <sup>4</sup>

Brechbohnen	2-Pfund-Dose	34 <sup>4</sup>
Schnittbohnen	2-Pfund-Dose	34 <sup>4</sup>
Spargel-Abschnitte	2-Pfund-Dose	58 <sup>4</sup>
Junge Erbsen	2-Pfund-Dose	42 <sup>4</sup>
Erbsen u. Karotten	2-Pfund-Dose	44 <sup>4</sup>
Leipziger Allerlei	2-Pfund-Dose	58 <sup>4</sup>
<b>Pflaumen</b> süßsauer	2-Pfund-Dose	48 <sup>4</sup>

### Speisekartoffeln

Gelbkochende

vorzüglich für den Winterbedarf,  
100 Pfund 2.65 M netto, 10 Pfund

34<sup>4</sup>

Palmitin	Pfund-Paket	65 <sup>4</sup>
Bratenschmalz	Pfund	58 <sup>4</sup>
Schweineschmalz garantiert rein	Pfund	75 <sup>4</sup>
Feinste Meiereibutter	Pfund	132 <sup>4</sup>

### 1 Waggon feinste Tafeläpfel

Amerik. Kings & Blenheim  
hervorragende Daueräpfel Pfund 28<sup>4</sup> und

22<sup>4</sup>

Schinken im ganzen	Pfund	130
Kasseler Rippe	Pfund	130
Rauchstücke	Pfund	120
Hildesheimer Leberwurst	Pfund	110
Gekochte Mettwurst	Pfund	100
Geräucherte Mettwurst	Pfund	110

<b>Tilsiter Käse</b>	Pfund	75 u. 55 <sup>4</sup>
Thüringer Stangenkäse	5 Stück	20 <sup>4</sup>
Schafkäse	Pfund	70 <sup>4</sup>
Edamer Käse	Pfund	95 <sup>4</sup>
Holländer Käse vollfett	Pfund	115

Almeria-Trauben	Pfund	45 <sup>4</sup> 38 <sup>4</sup>
Tomaten	Pfund	32 <sup>4</sup> 23 <sup>4</sup>
Kanarische Bananen	Pfund	26 <sup>4</sup>
Rotkohl	Kopf	22 <sup>4</sup> 16 <sup>4</sup> 10 <sup>4</sup>

## Frisches Fleisch

vom Lübecker Schlachthof

<b>Rindfleisch</b>	Pfund	75 <sup>4</sup>
Bratenstücke Pfund 80 und 90		4
<b>Mastkalbfleisch</b>	Pfund	90 <sup>4</sup>
Bratenstücke Pfund 100		4
<b>Schweinefleisch</b>	Pfund	90 <sup>4</sup>
Bratenstücke Pfund 95		4
<b>Hammelfleisch</b>	Pfund	80 <sup>4</sup>
Bratenstücke Pfund 90		4

## Hotel u. Restaurant „Hamburger Hof“ Schwartau.

Einem verehrten Publikum, sowie Freunden und Gönnern die ergebene Mitteilung, daß ich am heutigen Tage obiges Etablissement übernommen habe, und wird es mein Bestreben sein, die mich beehrenden Gäste zur Zufriedenheit zu bedienen, und bitte ich um gütigen Zuspruch.

Hochachtungsvoll  
J. Ackermann.

Bezugnehmend auf obige Annonce sage ich allen mich Beehrenden für mir erwiesenes Wohlwollen besten Dank und bitte ich, selbiges meinem Nachfolger gütigst übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll  
Albert Lau.

## F. Meyers Schuhwarenhaus, Hüxterdamm 2

empfehlend für den Winter

### starkes genageltes Fußzeug

zu billigsten Preisen.

Halb-, dreiviertel u. lange Stiefel in bester Handarbeit.  
Werkstatt für gute Reparaturarbeit. (4136)

## Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Donnerstag, den 21. November 1912

### Lieder=Abend

unter gefl. Mitwirkung der Sängerin zur Laute Frä. Elsa Colman aus Charlottenburg und des Gesangsvereins „Eintracht“  
im Gewerkschaftshause, Johannisstr. 50-52.

Saalöffnung 8 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Preis der Karte 25 Pfg.

Der Vorstand.

Karten sind an den bekannten Stellen zu haben. (4791)



## Arbeiter-Radtaher-Verein Lübeck.

### Einladung

zum

### Großen Gala-Saalfest

verbunden mit Kunst- und Reigenfahren sowie Auftreten der Geschwister Spethmann (9 und 11 Jahre alt)  
am Sonntag, dem 10. November 1912  
in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.

Um 10 Uhr:

### Große humoristische Pantomime „Im fidele Dorfring“

(zum Kaputtgehen).

Saalöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei, einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garberobe. (4472) Das Komitee.

## Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Einladung zum

## gemeinschaftlichen Ball der Metallarbeiter und Schmiede

am Sonnabend, dem 9. November 1912

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 8 Uhr abends.

Ende 4 Uhr.

Preis der Karte 40 Pfg.

Das Komitee.

NB. Die Karten sind bei den Bezirkskassierern und im Bureau zu haben. (4729)

### Hasenfelle

Rain, Wader, Jltis, Fuchs uim., sowie Pferdehaare faust zu höchsten Tagespreisen. (4725)

D. Wagner, Holstenstr. 8.

### Hasenfelle

Rain, Fuchs, Wader, Jltis uim.

### Pferdehaare

Mähnen, Ruchschweifhaare faust zu höchsten Preisen

J. L. Würzburg, Wagnstr. 2a

Achtung Radfahrer! (4341)

Schmidt's Prima Löwenpennstift

ist das beste und billigste.

Karbid zu billigsten Tagespreisen.

H. A. Hill Nachf., Johannisstr. 9. (4787)

### Ratekau. Gasthof Fürst Blücher

Am Sonntag, dem 10. Nov.:

### Arbeiter-Radfahrer-Ball.

Hierzu ladet freundlichst ein

B. Balk. (4788)

### Achtung!

## Bauarbeiter Schwartaus.

## Versammlung

am Sonntag, dem 9. Nov.,

nachmittags 4 Uhr

im Vereinslokal.

Der Vorstand. (4787)

## Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. v. Ber.

Zahlstelle Lübeck.

## Versammlung

am Sonntag, 10. November

nachmittags 3 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme.
  2. Eingänge.
  3. Kartellbericht.
  4. Abrechnung vom Stiftungsfest.
  5. Verschiedenes.
- Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt erforderlich. (4781)

Der Vorstand.

## Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Zahlstelle Lübeck.

## Versammlung

am Sonnabend, 9. November

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. (4783)

Der Vorstand.

## Sozialdemokratischer Verein Schlutup.

## Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, 10. November

nachmittags 4 1/2 Uhr

bei Saborowski, Gasthof zur Linde.

Um zahlreiches Erscheinen bittet (4808)

Der Vorstand.

## Gasthof Kl.-Mühlen.

Sonntag, den 10. November:

## Große Tanzmusik.

Hierzu ladet freundlichst ein

Otto Evers. (4746)

## Roks Restaurant

Vertr. Carl Steinfatt  
Fackenburg Allee 57.

## Großes Auspielen von letzten Gänzen, Karpfen und Randschiff

auf einem Ziehbillard

am Sonnabend, dem 9. November.

Anfang 10 Uhr vormittags.

Einsatz 50 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein

Carl Steinfatt. (4795)

## Hansa-Theater

Ab Freitag, d. 1. Novbr.

8 1/2 Uhr. 8 1/2 Uhr.

Gastspiel

## Lotte Sarrow

## Die Ehebrecherin

sowie 10 neue Spezialitäten.

Vorzugskarten

nur wochentags gültig.

Sonntag nachmittag 4 Uhr:

## Große Volks- und

## Fremden-Vorstellung

zu kleinen Preisen. (4794)

Ab 11 Uhr: Kabarett

bei freiem Eintritt.

Auftreten erster Kräfte.

## Neues Stadttheater.

Sonnabend, den 9. November:

47. Vorst. i. B.-H. Außer Sonnab.-H.

Anfang 7 1/2 U. Ende nach 10 1/2 U.

Maria Stuart.

Trauerspiel von Fr. v. Schiller.

Kleine Preise. (4789)

Sonntag, den 10. November:

48. Vorst. i. B.-H. Mittelpreise.

Anfang 7 1/2 U. Ende 10 1/2 U.

Autoliebchen.

Burleske Operette v. Jean Gilbert.



## Vom Wahlschlachtfelde in Rußland.

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem endgültigen Abschluß des langwierigen Wahlprozesses für die Duma. Etwa 60 % sämtlicher Abgeordneter sind bereits gewählt, und aus ihrer Parteizusammensetzung lassen sich schon annähernde Schlüsse über die Zusammensetzung des IV. Duma machen. Das hervorstechendste Merkmal dieser Wahlen, die an Schamlosigkeit sogar die berühmten bulgarischen Stawahlen in den Schatten setzen, ist die Vorherrschaft der Rechten, die sich aus der extremen Rechten und den Nationalisten zusammensetzt. Von den bisher gewählten Abgeordneten gehören rund 50 % zu der Rechten, während das oktobristische Zentrum 21 % und die Opposition 29 % aller bisher besetzten Mandate gewonnen hat. Soweit dieses Ergebnis nicht schon von dem Wahlsieg des Staatsstreiches von vornherein vorausbestimmt ist — bekanntlich besitzen die Junker in 32 von 49 Gouvernements die absolute Majorität aller Wahlmänner — hat die Wahlstrategie der Zentralregierung und der örtlichen Administration, im Bunde mit dem geschlossenen aggressiven Vorgehen der orthodoxen Geistlichkeit das Übergewicht der Rechten künstlich geschaffen. Die bisher führende Partei in der Duma, die sogenannten Oktobristenpartei, ist außerordentlich geschwächt, und an ihrer Stelle nehmen die „zukunftsfähigeren“ Nationalisten neben der extremen Rechten die Herrschaft in der IV. Duma auf. Volk Entrüstung appellieren die Oktobristen nun an die Deffektivität, indem sie die Zentralregierung, die Gouverneure und die Geistlichkeit der schamlosesten Wahbeeinflussung, ja der direkten Fälschung der Dumawahlen anklagen. Das Regierungsblatt „Rossija“ antwortet ihnen jedoch mit ausgesuchter Bosheit, die Oktobristen hätten bei den Wahlen für die dritte Duma, als die Mandate zu ihren Gunsten fabriziert wurden, kein Wort des Protestes gefunden, und seien deshalb nicht berechtigt, sich jetzt über das ihnen ungünstige Wahlergebnis aufzuregen. Wenn etwas geeignet ist, die Entstehung der neuen russischen „Volksgewalt“, so kennzeichnen, so ist es diese Polemik zwischen der angeblich objektiven Regierung und den Siegern von gestern, die sich von ihren nationalstischen Konkurrenten von den Fleischtöpfen der Regierung fortgedrängt sehen. Ein Ergebnis des Staatsstreiches von 1907 und des immer schärfer hervortretenden reaktionären Kurses, ist diese schamlose Wahlfälschung nur geeignet, dem Volke den wahren Charakter der Duma vor Augen zu führen.

Wie es sich bei dem Charakter des russischen Wahlsystems von selbst versteht, geben nicht die Endwahlen, sondern die vorhergehenden Stadien der Wahlen ein annähernd treues Bild der wahren Stimmung der Wähler. Bei der Betrachtung dieser Wahlergebnisse kommt man nun zu einem ganz anderen Resultat. Von den Wahlen in der Bauernkurie, die von vornherein gefälscht und den Junkern ausgeliefert sind, abgesehen, zeigen die Wahlen in den Städten, wo allein das politische Leben in gewissem Grade pulsiert, eine außerordentliche Verschiebung der Wählermassen von rechts nach links. Die Oktobristen, die früher in der ersten städtischen Kurie, der Kurie der zahlungsfähigen Bourgeoisie, ziemlich stark waren, sind nun von den Progressiven und Kadetten verdrängt worden und haben nicht einmal ihren Führer Gutshkow in Moskau durchzubringen vermocht. In der zweiten städtischen Kurie, in der die mittlere und Kleinbourgeoisie, nebst den Angestellten, den Arbeitern der Kleinbetriebe usw. wählen, sind die Kadetten zu einem großen Teil von den Sozialdemokraten und den Trudowiks (radikale Bauernpartei) verdrängt worden. Dieses Wahlergebnis bildet u. E. das wichtigste Ergebnis der Wahlkampagne für die IV. Duma. Die Sozialdemokratie ist bei den diesjährigen Wahlen in 45 Städten als selbständige politische Kraft aufgetreten, mit ihrer Parteiplattform, ihren eigenen Kandidaten und einer regen sozialdemokratischen Agitation. Trotzdem jeder, der der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verdächtig ist, mit Gefängnis, Verbannung, ja mitunter mit lebenslänglicher Deportation bestraft wird, hat die Sozialdemokratie in den genannten Städten über 60 Wahlmänner durchgebracht und außerdem erhöhten Anteil genommen an der Wahlkampagne in den 7 größten Städten mit direkter Wahl. Den Hauptkampf hatte sie hier zu führen mit den Liberalen, den Kadetten und Progressiven, die sich vor den Wählern als die Vertreter der Gesamtopposition, des Volkswillens usw. aufspielten. Von 27 Städten, wo dieser Kampf sich abspielte, siegten die sozialdemokratischen Kandidaten in 12 Fällen, einmal erhielten sie die relative Majorität und verloren in 14 Fällen, von denen drei infolge der Repressalien der Administration an die Liberalen verloren gingen. Diese Siege fanden nicht etwa in Kleinstädten, sondern in solchen bedeutenden Städten wie Michni-Nowgorod, Saratow, Perm, Jekaterinburg, Jekaterinodar, Tiflis usw. statt. Wie der demokratische Wähler den Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus einschätzte, ist aus folgenden Wahlziffern ersichtlich: in Charkow erhielt der sozialdemokratische Kandidat 1721 Stimmen gegen 114 Stimmen des Liberalen, in Theodosia 1129 Stimmen gegen 553, in Tiflis 2488 Stimmen gegen 979, in Jekaterinburg 1700 Stimmen gegen 900 usw. In 21 Städten erhielten die Sozialdemokraten von 38 000 Stimmen 20 000, gegen 12 000 Stimmen, die auf die Kadetten entfielen. Ebenso charakteristisch ist das Wahlergebnis in Moskau, wo die beiden sozialdemokratischen Kandidaten, Nikotin und Karski, 29 % aller Stimmen auf sich vereinigten — gegen 9 %, die die Sozialdemokratie bei den Wahlen für die III. Duma erhalten hatte. Allerdings ver-

mochten es die sozialdemokratischen Kandidaten nicht, den Kadetten diesmal den Sieg streitig zu machen. Die gewaltige Stimmenzunahme jedoch, die sie zu verzeichnen haben, läßt es als sicher erscheinen, daß die Sozialdemokratie selbst bei diesem Wahlrecht die Hauptstadt erobern kann.

Der klaffende Widerspruch zwischen den Ergebnissen der Wahlmännerwahlen und den Endwahlen wäre unverständlich, wenn nicht noch auf einen Umstand hingewiesen werden würde, der das Votum der Wähler in sein Gegenteil umschlägt. Allerdings spielt hier das infame Wahlsystem die Hauptrolle, das den Junkern und der Geistlichkeit in den meisten Gouvernements die absolute Majorität eingeräumt hat, nicht minder wichtig jedoch sind die willkürlichen Wahlklassierungen, die zur Korrektur der Wahlmännerwahlen vorgenommen werden. Und nur die eckantesten Fälle zu nennen, sei hier auf die Klassierung der Wahl des Genossen G. geteilt hingewiesen, der in Kautais gewählt, von der Regierung unter dem Vorwande kassiert worden ist, daß sein Wahlzensus ansehnlich sei. Ebenso ging die Regierung in Jekaterinburg vor, wo die Sozialdemokratie 6 Wahlmänner durchgebracht hatte. Hier kassierte der Gouverneur einfach die Wahlen, weil sie angeblich im Widerspruch zum Wahlreglement verlaufen seien.

Bei den bisher bekannt gewordenen Wahlen haben die Sozialdemokraten bereits 9 Abgeordnete durchgebracht. Fünf von ihnen entfallen auf die Arbeiterkurie, die bekanntlich in 6 Gouvernements je einen Abgeordneten dieser Kurie laut dem Wahlsystem nicht mehr gewählt werden dürfen (um in der Arbeiterkurie gewählt zu werden, muß man mindestens ein halbes Jahr auf der selben Fabrik gearbeitet haben), sind hier durchweg neue Leute gewählt worden. Es wurden gewählt: in Jekaterinodar der Genosse Petrowski, in Charkow Gen. Muranow, in Kiotoma Gen. Schagom, in Wladimir Gen. Samoilow, in Petersburg Gen. Bobajew. Die Wahl in Moskau, wo sämtliche Arbeiterwahlmänner Sozialdemokraten sind, steht noch aus. Ferner wurden gewählt in Ufa Gen. Chausow, in Tiflis Gen. Tschelidse, in Batum Gen. Tschelidse, endlich von der russischen Kurie im Kaukasus, die bisher von einem Exzeptionären vertreten wurde, der Gen. Skobelew. Die Wahlen im Kaukasus, die bisher schon drei Mandate für die Sozialdemokratie, statt der bisherigen 2 ergeben haben, heben sich durch ihren glänzenden Verlauf von den Wahlen im ganzen Reiche ab und bestätigen noch ein übriges Mal die Tatsache, daß der Kaukasus fester Besitz der Sozialdemokratie ist.

## Aus der Partei.

Drei Monate Gefängnis wegen Anreizung zu Gewalttätigkeiten erhielt der verantwortliche Redakteur Genosse Luchter von unserem Waldenburger Bruderblatt, der „Schlesischen Bergwacht“. Das Verfahren ist typisch für die allerneueste Haltung der Justiz zur Sozialdemokratie. Die Anklage kam auf Grund eines Leitartikels zustande, in dem zum Schluß ausgesprochen wurde, daß durch die unglaublichen gesellschaftlichen Verhältnisse von heute das Volk mit Gewalt ausgerüstet würde, und daß die natürliche Folge die sei, daß sich der Klassenkampf schärfen und das revolutionäre Bewußtsein des Proletariats härten werde. Daraus folgerie der Staatsanwalt, daß revolutionärer Wille und verächtlicher Klassenkampf das Volk nur zum Umsturz treiben könne, und daß dieser Umsturz naturgemäß nur gewalttätig sein kann. Folglich wurde durch den Artikel das Volk zum Klassenkampf und zu Gewalttätigkeiten gegen die herrschende Ordnung (§ 130 Str.-G.-B.) angereizt. Die Prozeßführung war insofern interessant, weil Staatsanwalt und Gericht, trotzdem Angeklagter und Verteidiger in längeren Ausführungen den Begriff Revolution im sozialistischen Sinne darlegten und aus unserer Literatur schlagende Beispiele für den höheren Sinn des Wortes Revolution brachten, von vornherein erklärten, daß sie wohl auch überzeugt seien, daß der Artikelschreiber sowohl wie der Angeklagte nicht die dahin zielende Absicht gehabt haben, das Volk in die blutige Revolution zu treiben. Darauf aber kam es gar nicht an. Maßgebend für eine Verurteilung sei allein die Möglichkeit, daß durch solche Artikel das Volk in der heutigen ersten Zeit zu revolutionären Gewalttaten getrieben werden könne. Die Masse verstehe nichts von den theoretischen Auslegungen des Begriffes „Revolution“, sondern klammere sich an das Wort, und das genüge zur Herbeiführung von Katastrophen. Aus diesem Grunde hielt auch das Gericht das Vergehen noch für schwerer wie der Staatsanwalt; denn während der letztere nur zwei Monate beantragte, lautete das Urteil auf drei Monate. Man sieht, es geht auch ohne Verschärfung des Strafgesetzes sehr gut; wir können wahrhaftig nicht klagen. Aber — die „Revolution“ marschiert deshalb doch!

Prozeßprozeß. Vom Schöffengericht in Breslau wurde der verantwortliche Redakteur des „Schlesischen Volksblatt“ in Zwickau, der Genosse Breslau, zu 80 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er den Schachtmeister eines Bergwerkes durch eine Notiz beleidigt haben soll, dem nachgesagt wurde, daß er gegenüber den Arbeitern öfter nach Belieben und Günst verführe. Das Gericht sah den Wahrheitsbeweis nicht völlig erbracht.

Versammlungsfreiheit mit Hindernissen. Genosse Rosenfeld, der bei den letzten Reichstagswahlen im Kreise Schwarzburg-Sonderhausen kandidierte, konnte in einem Teil seines Wahlkreises absolut keine Lokale und Plätze für Versammlungen erlangen. Der Terrorismus der Gegner wurde schon dem gefährlich, der Rosenfeld nur beherbergte. Die Parteigenossen halfen sich dann so, daß sie den Kandidaten im Auto durch die Ortshäfen fuhren und bei dieser Gelegenheit nach Zusammenholung einiger Zuhörer Ansprachen halten ließen. Er wurde deswegen mit Strafmandaten wegen Abhaltung nichtangemeldeter Versammlungen bestraft. Die Strafkammer in Erfurt als Berufungsinstantz befähigte kürzlich einige dieser Strafverfügungen und hob einige andere auf, weil in diesen Fällen eine Schuld des Genossen Rosenfeld nicht nachzuweisen war.

Eifrige Sozialistenverfolgung. Der Rutscher G. in R. S. erhielt von der Amtshauptmannschaft Borna eine Strafverfügung über 10 Mk., die ihm wegen angeblicher Verletzung des Vereinsgesetzes durch seine Tätigkeit im Jugendverein (er hatte sich geweigert, ein Mitgliederverzeichnis einzureichen, da er nicht Vorstandsmitglied ist) auferlegt worden war. G. erhob gegen den Strafbefehl Einspruch bei der Amtshauptmannschaft und diese sandte die Akten an das Rörhaer Amtsgericht, das sich des Falles mit großer Liebe annahm und die Strafverfügung bestätigte. Der Verurteilte ging nun an das Landgericht in Leipzig, und dieses fand, daß nicht das Amtsgericht in Rörha, sondern das Amtsgericht in Borna, am Sitz der Amtshauptmannschaft, als Instanz für den erhobenen Einspruch zuständig war. Das Landgericht hob daher das schöffengerichtliche Urteil auf. Jetzt hat der Genosse sein Strafmandat, die Staatskasse aber hat die Gerichtskosten zu zahlen. Was weiter kommt, muß abgewartet werden.

Gemeindevahlfrage. Bei der Gemeindeersatzwahl in Hagen, Rheinland, entfielen bei den Neuwahlen von 431 abgegebenen Stimmen 312 auf die sozialdemokratischen und 119 auf die bürgerlichen Kandidaten. Bei den Ergänzungswahlen fielen unseren Genossen 334, den Bürgerlichen nur 95 Stimmen zu. Sämtliche sechs Mandate der dritten Wahlklasse sind somit von uns erobert worden. — In Gilpe bei Hagen i. W. erhielt bei der Stadtverordnetenwahl der sozialdemokratische Kandidat 547, während der Gegner nur 109 Stimmen erhielt.

## Soziales.

Von den Wahlen zur Angestelltenversicherung. Ein überraschendes Resultat ergab die Wahl in Königsberg. Es wurden insgesamt 3199 Stimmen abgegeben, davon entfielen allein auf die Liste des Kaufmännischen Vereins weiblicher Angestellten 1321 Stimmen, jedoch dieser Verein nicht weniger als 3 Vertrauensleute und 4 Erghmänner stellt. Die freie Vereinigung erhielt mit 379 Stimmen 1 Erghmann. Bei den Arbeitgeberwahlen erhielt sie auch einen Erghmann. In Tilsit brachte sie einen Vertrauensmann und zwei Erghmänner durch. — Zur Vertrauensmännerwahl für die Angestelltenversicherung sollte auch in Fürth i. B. das bekannte Plakat der freien Vereinigung verwendet werden. Es stellt den personifizierten Hauptauschuss in gebieter Stellung dar, wie er aus der Hand eines mit einer Regierungsklivree gezielten Armes das Angestelltenversicherungsgeßel annimmt. Um dieses Plakat anzufügen zu können, bedurfte es der Genehmigung des Bezirksamtes der untersten Verwaltungsinstantz der bayerischen Regierung. Das Fürthener Bezirksamts muß in dem harmlosen Plakat etwas Staatsgefährliches gefunden haben, es verweigerte die Genehmigung zum Anhängen. — So war durch politische Herrlichkeit das Plakat für die Wahl unschädlich gemacht. Aber das Bezirksamts Fürth will den solgen „Staatsbürgern“ auch sonst noch beibringen, daß sie nichts als geduldet „Unterthanen“ sind. Um zu erfahren, was gerade für Fürth das Plakat so staatsgefährlich machte, für das wie im ganzen Reiche auch im benachbarten Nürnberg die Genehmigung zum Anhängen gegeben wurde, sollte das Bezirksamts seine Verweigerung schriftlich begründen. Auf dieses Verlangen hat das Bezirksamts jedoch nach zehn Tagen noch keine Antwort gegeben. So respektiert es die Rechtsgarantien der Staatsbürger. Wenn das Plakat auch für die Wahl nicht mehr verwendet werden konnte, soll doch eine Entscheidung der Regierung über das Verhalten des Bezirksamtes herbeigeführt werden. Diese Beschwerde kann aber natürlich erst erfolgen, wenn der selbstherrliche Polizeigeist des Bezirksamtes geruht, seine Verweigerung auch zu begründen.

Agarische Wünsche. Der sächsische Landeskulturrat besaßte sich in seiner Sitzung vom Mittwoch mit dem Geburtenrückgang. Der Referent, Rittergutsbesitzer Beder, gab die Schuld der Ausbreitung städtischer Kultur. Als Gegenmaßnahmen forderte er größeren Schutz der Landwirtschaft. — Mehr Verständnis brachte dieser Frage der Professor Dr. Kirchner entgegen, der eine Verbesserung des großstädtischen Wohnungsweins zur Verminderung der Säuglingssterblichkeit empfahl. — Zur Bekämpfung der Landflucht forderte Dekonomierat Andra die Förderung des Sparbaus der ländlichen Arbeiter. — Die Arbeiter müßten, erklärte Rittergutsbesitzer Naumann, der Landwirtschaft zugeführt werden, wenn die Industrie einmal darnieder liege. — Besondere Sorge bereitet den Agarieren offenbar die nationale Pflege der schulentlassenen Jugend. Rittergutsbesitzer Beder ist besonders von dem Vorschlage eines Amtshauptmannes erbaud, der forderte, daß die Fortbildungsschüler nicht nur während der Schulstunden, sondern auch sonst unter der Schulpflicht stehen sollten. Der Eintritt in Vereine müsse den Fortbildungsschülern nur mit Genehmigung des Schulvorstandes erlaubt sein. — Auch mit dem Reichsmittelgeßel besaßte sich die Körperschaft. Natürlich sind die Herren entschieden Gegner der Forderung eines Mindest-Settgeßalts für die Marktmilch, sie sei naturwidrig und unrichtig; man müsse sich gegen die Forderung eines Mindest-Settgeßalts der Milch von 27 % wenden.

Amliche Schul-Zahnpflege. Zum erstenmal hat in Bayern eine königliche Regierung offiziell die ihr unterstehenden Bezirksamts, Bezirksamts und Schulinspektoren auf die Notwendigkeit der Zahn- und Mundpflege hingewiesen und „Gesundheitsregeln über die Zahnpflege“ als Unterrichtsach in den Lehrplan aufgenommen. Die Regierung von Mittelfranken hat angeordnet, daß bereits in der Volksschule die Auffklärungsaktivität über Zahnpflege einzuführen habe. Lehrplangemäß sind die Kinder auf die Notwendigkeit regelmäßigen Mundspülens und auf die Bedeutung der Zahnbürste aufmerksam zu machen. Periodisch ist auf die Schädlichkeit schlechter Zähne und die Folgeerscheinungen der Zahnkrankheiten hinzuweisen. Das ist nun ein Anfang. Soll etwas Gutes geschaffen werden, dann muß dafür gesorgt werden, daß die Kinder eine unentgeltliche Zahnpflege durch Zahnärzte erfahren.

## Aus dem Gerichtssaal.

Uberglaube vor den Toren Berlins. Dem „Vorwärts“ entnehmen wir folgendes: In das Reich des traffensten Uberglaubens führte eine Verhandlung, welche am Sonnabend die fünfte Strafkammer des Landgerichts II beßthäftigte. Angeklagt wegen Beleidigung war die Hausbesitzerin Frau Adelheid Gebhardt aus Bohnsdorf. Als Kläger trat der Schlachtermeister Schneider auf. Der der Anklage zugrunde liegende Sachverhalt zeigte wieder einmal, daß selbst



**D**rucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübeker Volksboten“

**Model. Unit. On Stamp.**